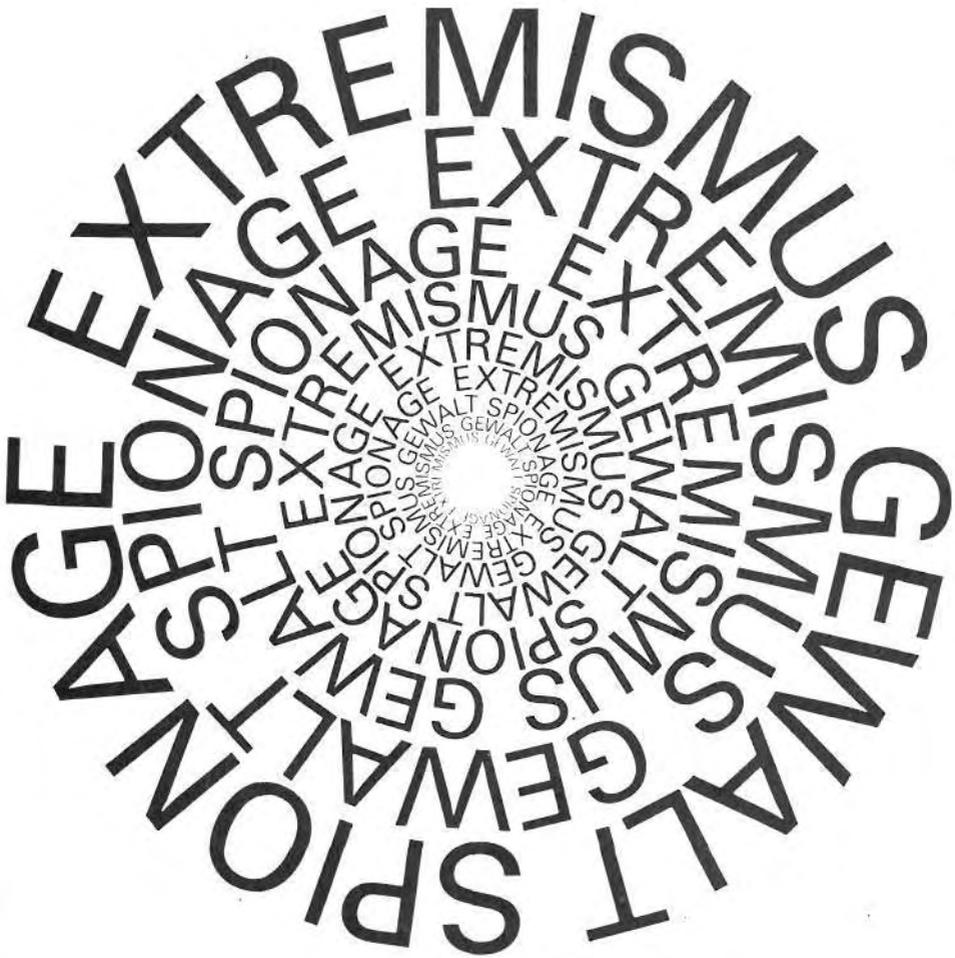




Schriftenreihe  
der Landesregierung  
Schleswig-Holstein

# Verfassungsschutz in Schleswig- Holstein 1978



---

Herausgeber:

Der Innenminister des Landes  
Schleswig-Holstein in Zusammen-  
arbeit mit dem Leiter der Presse-  
und Informationsstelle der Landes-  
regierung

Schriften des Innenministers  
Heft 19/1979

Gestaltung: Nach einer Vorlage von  
i.de, Büro für Gestaltung, Stampe

Herstellung:  
Lübecker Nachrichten

## Zum Geleit

Solange Minderheiten unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen und mit gewaltsamen Mitteln bekämpfen, können wir auf einen wirksamen Staatsschutz nicht verzichten. Deshalb brauchen wir einen im Rahmen der geltenden Gesetze mit nachrichtendienstlichen Mitteln arbeitenden Verfassungsschutz. Er ist ein wesentlicher Teil des Sicherheitssystems, das unser Grundgesetz für die aktive Verteidigung unseres freiheitlichen Staates gegen Angriffe seiner Feinde vorsieht.

Was verfassungsfeindliche Angriffe sind, bestimmen weder der Verfassungsschutz noch die jeweilige Regierung des Bundes oder eines Landes. Vielmehr hat das Bundesverfassungsgericht für alle verbindlich entschieden und erläutert, welche Zielsetzungen einer Partei oder Organisation gegen die Grundwerte unserer Verfassung verstoßen.

Die Regierungen haben die Wirksamkeit des Instrumentariums für das rechtzeitige Erkennen verfassungsfeindlicher Bestrebungen und Aktivitäten zu gewährleisten. Deswegen wird die schleswig-holsteinische Landesregierung auch in Zukunft allen Versuchen, das verfassungsmäßige Schutzsystem auszuhöhlen und den Verfassungsschutz zu verunglimpfen, energisch entgegentreten. Die Entwicklung des Links- und des Rechtsextremismus einerseits sowie die zahlreichen Fälle von Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland andererseits zeigen, wie notwendig die

Tätigkeit des Verfassungsschutzes für den Bestand unseres Staates ist.

Die zunehmende Neigung, politische Ziele in gewalttätigen Formen durchzusetzen, stellt an alle Sicherheitsorgane in Bund und Ländern erhöhte Anforderungen, die Planung solcher Gewalttaten rechtzeitig zu erkennen und ihre Durchführung zu verhindern. Auch hierzu hat der Verfassungsschutz einen wesentlichen Beitrag zu leisten.

Der Jahresbericht 1978 des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes soll dazu beitragen, unseren Bürgern einen Einblick in die Gefahren verfassungsfeindlicher Bestrebungen zu geben. Er soll Verständnis für die nicht selten aus Unwissenheit diffamierte Arbeit des Verfassungsschutzes wecken. Die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes haben Anspruch auf Achtung und Vertrauen. Sie arbeiten für uns alle.

Kiel, im April 1979



Rudolf Titzck  
Innenminister des Landes  
Schleswig-Holstein

## Inhaltsverzeichnis

	Seite 5	<b>Vorbemerkung</b>
	Seite 6–8	<b>Gesetz über den Verfassungsschutz im Lande Schleswig-Holstein</b>
<b>A</b>	Seite 9–13	<b>Überblick</b>
	10–11	<b>1 Rechtsextremismus</b>
	11–12	<b>2 Linksextremismus</b>
	12	<b>3 Ausländer-Extremismus</b>
	12–13	<b>4 Spionageabwehr</b>
<b>B</b>	Seite 15–21	<b>Rechtsextremistische Bestrebungen in Schleswig-Holstein 1978</b>
	16	<b>1 Die Situation des Rechtsextremismus</b>
	16–17	<b>2 Übersicht in Zahlen</b>
	16–17	a Organisationen und Gruppen
	17	b Ausschreitungen mit rechtsextremistischem Hintergrund
	17–18	<b>3 Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)</b>
	17–18	a Parteiorganisation
	18	b Wahlbeteiligungen
	18	<b>4 Junge Nationaldemokraten (JN)</b>
	18–20	<b>5 Neonazistische Aktivitäten</b>
	18–19	a Die Situation neonazistischer Gruppen
	19–20	b Einzelne neonazistische Gruppen und deren Aktionen
	19	b1 Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)
	19–20	b2 Wehrsportgruppe ROHWER
	20	b3 „Gruppe STUBBEMANN“
	20	b4 Bürger- und Bauerninitiative (BBI)
	20	b5 NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)
20–21	<b>6 National-Freiheitliche Rechte</b>	
21	<b>7 Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen</b>	
21	a Buchladen „Sturmwind“ in Kiel	
21	b Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)	
21	c Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG)	

# C

Seite 23–36	<b>Linksextremistische Bestrebungen in Schleswig-Holstein 1978</b>
24	<b>1 Die Situation des Linksextremismus</b>
24–25	<b>2 Übersicht in Zahlen</b>
24–25	a Organisationen und Gruppen
25	b Ausschreitungen mit links- extremistischem Hintergrund
25–29	<b>3 Orthodoxer Kommunismus</b>
25–26	a Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
26–27	b Nebenorganisationen der DKP
26	b1 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)
26–27	b2 Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP)
27	b3 Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)
27	c Von der DKP beeinflusste Organisationen
27	c1 Deutsche Friedens-Union (DFU)
27	c2 Vereinigung der Verfolgten des Nazi- regimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und Deutsche Friedens- gesellschaft/Vereinigte Kriegsdienst- gegner (DFG/VK)
Seite 28	d Bündnispolitik
28	e Gewerkschafts- und Betriebsarbeit
28	e1 Gewerkschaftsarbeit
28	e2 Betriebsarbeit
28–29	f Beteiligung an Wahlen
28–29	f1 Teilnahme an den Kommunalwahlen 1978
29	f2 Vorbereitungen für die Teilnahme an der Landtagswahl
29	f3 Teilnahme an der Europawahl
Seite 29–36	<b>4 Neue Linke</b>
29–30	a Kommunistischer Bund Westdeutsch- land (KBW)
30–31	b Kommunistische Partei Deutschlands/ Marxisten-Leninisten (KPD/ML)
31	c Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
31–32	d Kommunistischer Bund (KB)
32–33	e Die Situation der K-Gruppen an den Hochschulen

- 33–35 f Die Einstellung der K-Gruppen zur  
Umweltschutzbewegung  
35–36 g Der Terrorismus und sein Umfeld
- 

## D

Seite 37–40

### **Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern in Schleswig-Holstein 1978**

- 38 1 **Die Situation des Ausländer-Extremismus**  
38–40 2 **Extremistische Ausländergruppen in der Bundesrepublik Deutschland**  
39–40 a Die Ausländergruppen mit Tendenzen zur Gewaltanwendung  
39 a1 Araber/Palästinenser  
39 a2 Iraner  
39–40 a3 Türken  
40 b Ausländische orthodoxe Kommunisten  
40 b1 Türken  
40 b2 Sonstige  
40 c Rechtsextremistische und nationalistische Ausländer-Organisationen
- 

## E

Seite 41–44

### **Spionageabwehr in Schleswig-Holstein 1978**

- 42–43 1 **Allgemeine Erfahrungen**  
43 2 **Erkannte Fälle von Ostblockspionage**  
43–44 3 **Anwerbungsmethoden**  
44 4 **Straffreiheit bei rechtzeitiger Offenbarung**
-

## Vorbemerkung

Wiederholt ist in der Vergangenheit der Bundesregierung und den Landesregierungen das Recht bestritten worden, in den jährlichen Verfassungsschutzberichten und anderen Veröffentlichungen über die Entwicklung von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung den Begriff »verfassungsfeindlich« zu verwenden.

Das Bundesverfassungsgericht hat jedoch in einer am 22. Mai 1975 ergangenen Entscheidung nicht nur eine Berechtigung, sondern sogar eine Verpflichtung der Regierungen festgestellt, im Rahmen der politischen öffentlichen Auseinandersetzung mit extremistischen Kräften darzustellen, welche Parteien oder politische Gruppierungen verfassungsfeindliche Zielsetzungen verfolgen. Hierzu hat es ausgeführt:

»Der Umstand, daß die dem Bundesverfassungsgericht vorbehaltene Entscheidung über die Verfassungswidrigkeit einer politischen Partei bisher

nicht ergangen ist, hindert nicht, daß die Überzeugung gewonnen und vertreten werden darf, diese Partei verfolge verfassungsfeindliche Ziele und sei deshalb politisch zu bekämpfen... Deshalb ist es verfassungsrechtlich unbedenklich und von der politischen Verantwortung der Regierung gefordert, daß sie ihren jährlichen Bericht über die Entwicklung verfassungsfeindlicher Kräfte, Gruppen und Parteien dem Parlament und der Öffentlichkeit vorlegt. Soweit daraus für eine Partei faktische Nachteile (bei der Gewinnung von Mitgliedern und Anhängern) entstehen, ist sie dagegen nicht durch Art. 21 GG geschützt.«

Diesem Auftrag kommt die Landesregierung durch die Vorlage des diesjährigen Verfassungsschutzberichtes nach. Er enthält alle wesentlichen Informationen über Ausmaß und Entwicklung von Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und gegen den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes.

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 6. März 1979 ein Änderungsgesetz zum Verfassungsschutzgesetz beschlossen. Die Bekanntmachung der Neufassung im Gesetz- und Verordnungsblatt steht noch aus. Das Gesetz wird folgenden Wortlaut haben:

## **Gesetz über den Verfassungsschutz im Land Schleswig-Holstein**

in der Fassung vom.....

### **Abschnitt I Gesetzliche Grundlagen des Verfassungsschutzes**

#### **§ 1 Zuständigkeit**

(1) Die Aufgaben des Verfassungsschutzes werden ausschließlich von der Verfassungsschutzbehörde wahrgenommen. Verfassungsschutzbehörde ist der Innenminister. Er unterhält für diese Aufgaben eine besondere Abteilung.

(2) Die Zuständigkeit des Bundesamtes für Verfassungsschutz bleibt unberührt.

(3) Verfassungsschutzbehörden anderer Länder dürfen im Geltungsbereich dieses Gesetzes nur im Einvernehmen mit dem Innenminister tätig werden.

#### **§ 2 Aufgaben des Verfassungsschutzes**

(1) Aufgabe der Verfassungsschutzbehörde ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über

1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung,

den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,

3. Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

(2) Ferner wirkt die Verfassungsschutzbehörde mit

1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,

2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stel-

len von lebens- und verteidigungs-  
wichtigen Einrichtungen beschäftigt  
sind oder werden sollen,

3.  
bei technischen Sicherheitsmaßnah-  
men zum Schutz von im öffentlichen  
Interesse geheimhaltungsbedürftigen  
Tatsachen, Gegenständen oder Er-  
kenntnissen gegen die Kenntnisnah-  
me durch Unbefugte.

(3) Die Verfassungsschutzbehörde  
berät die Dienstbehörden bei Ent-  
scheidungen nach § 9 Abs. 1 Nr. 2  
des Landesbeamtengesetzes und ent-  
sprechenden tarifrechtlichen Regelun-  
gen.

### **§ 3 Befugnisse und Zusammenarbeit mit anderen Stellen**

(1) Bestehen Anhaltspunkte für den  
Verdacht von Bestrebungen oder Tä-  
tigkeiten im Sinne des § 2 Abs. 1 die-  
ses Gesetzes, ist die Verfassungs-  
schutzbehörde berechtigt, zur Wahr-  
nehmung ihrer Aufgaben die nach  
pflichtmäßigem Ermessen notwendi-  
gen Maßnahmen zu treffen und dabei  
nachrichtendienstliche Mittel anzu-  
wenden. Polizeiliche Befugnisse oder  
Kontrollbefugnisse stehen der Verfas-  
sungsschutzbehörde nicht zu. Sie darf  
einer polizeilichen Behörde oder  
Dienststelle nicht angegliedert wer-  
den.

(2) Die Verfassungsschutzbehörde  
kann über alle Angelegenheiten, deren  
Aufklärung sie zur Durchführung ihrer  
Aufgaben für erforderlich hält, von  
allen Behörden des Landes, der Ge-  
meinden, Gemeindeverbände und den  
sonstigen juristischen Personen des  
öffentlichen Rechts Auskünfte und die  
Übermittlung von Unterlagen verlan-  
gen.

(3) Alle Behörden des Landes, der  
Gemeinden, der Gemeindeverbände  
und die sonstigen juristischen Perso-  
nen des öffentlichen Rechts sind ver-  
pflichtet, der Verfassungsschutzbehör-  
de auch unaufgefordert alle Auskünfte,  
Nachrichten und sonstige Unterlagen  
über Bestrebungen zu vermitteln, wel-  
che die Voraussetzungen des § 2  
Abs. 1 erfüllen.

(4) Die Gerichte und Behörden des  
Landes und die Verfassungsschutzbe-  
hörde leisten sich gegenseitig Rechts-  
und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

(5) Die Verfassungsschutzbehörde  
kann die ihr zugänglichen personen-  
bezogenen Daten auch an andere als  
staatliche Stellen weitergeben, soweit  
dies zum Schutz der freiheitlichen de-  
mokratischen Grundordnung, des Be-  
standes oder der Sicherheit der Bun-  
desrepublik Deutschland oder eines  
ihrer Länder erforderlich ist.

### **§ 4 Bedienstete**

Mit Aufgaben der Verfassungsschutz-  
behörde darf nur betraut werden, wer  
nach seiner Persönlichkeit und nach  
seinem Verhalten die Gewähr dafür  
bietet, daß er jederzeit für die Siche-  
rung und Erhaltung der freiheitlichen  
demokratischen Grundordnung eintritt.  
Zum Leiter der Abteilung für Verfas-  
sungsschutz darf nur berufen werden,  
wer die Befähigung zum Richteramt  
nach dem Deutschen Richtergesetz  
besitzt.

### **§ 5 Durchführung**

Die Landesregierung kann die zur  
Durchführung dieses Abschnitts erfor-  
derlichen Rechts- und Verwaltungsvor-  
schriften erlassen.

## **Abschnitt II**

### **Parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes**

#### **§ 6**

(1) In Angelegenheiten des Verfassungsschutzes des Landes unterliegt die Landesregierung der Kontrolle durch die Parlamentarische Kontrollkommission.

(2) Die Rechte des Landtags und seiner Ausschüsse bleiben unberührt.

#### **§ 7**

(1) Die Landesregierung unterrichtet die Parlamentarische Kontrollkommission umfassend über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde und über Vorgänge von besonderer Bedeutung. Die Parlamentarische Kontrollkommission hat Anspruch auf entsprechende Unterrichtung.

(2) Zeit, Art und Umfang der Unterrichtung der Kontrollkommission werden unter Beachtung des notwendigen Schutzes des Nachrichtenzugangs durch die politische Verantwortung der Landesregierung bestimmt.

(3) Die Kontrolle der Durchführung des Gesetzes zu Art. 10 des Grundgesetzes bleibt den aufgrund von Art. 10 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes von der Volksvertretung bestellten Organen und Hilfsorganen vorbehalten.

#### **§ 8**

Die politische Verantwortung der Landesregierung für die Wahrnehmung der Aufgaben des Verfassungsschutzes bleibt unberührt.

#### **§ 9**

(1) Der Landtag wählt zu Beginn jeder Wahlperiode die Mitglieder der Parlamentarischen Kontrollkommission aus seiner Mitte.

(2) Er bestimmt die Zahl der Mitglieder, die Zusammensetzung und die Arbeitsweise der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(3) Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint.

(4) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag aus, so verliert es seine Mitgliedschaft in der Parlamentarischen Kontrollkommission. Für dieses Mitglied ist unverzüglich ein neues Mitglied zu wählen; das gleiche gilt, wenn ein Mitglied aus der Parlamentarischen Kontrollkommission ausscheidet.

#### **§ 10**

(1) Die Beratungen der Parlamentarischen Kontrollkommission sind geheim. Die Mitglieder sind zur Geheimhaltung der Angelegenheiten verpflichtet, die ihnen bei ihrer Tätigkeit in der Parlamentarischen Kontrollkommission bekanntgeworden sind. Dies gilt auch für die Zeit nach ihrem Ausscheiden aus der Parlamentarischen Kontrollkommission.

(2) Sitzungsunterlagen und Protokolle verbleiben im Gewahrsam der Verfassungsschutzbehörde und können nur dort von den Mitgliedern der Kommission eingesehen werden.

(3) Die Parlamentarische Kontrollkommission tritt mindestens einmal im Vierteljahr zusammen. Sie gibt sich eine Geschäftsordnung.

(4) Jedes Mitglied kann die Einberufung und die Unterrichtung der Parlamentarischen Kontrollkommission nach Maßgabe des § 7 Abs. 2 verlangen.

## **Abschnitt III**

### **Inkrafttreten**

#### **§ 11**

Dieses Gesetz tritt am Tage der Verkündung in Kraft.

---

# Überblick

**A**

## Rechtsextremismus

Der organisierte Rechtsextremismus ist gegenwärtig keine politische Kraft, die eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstellen könnte. Er weist den bisher niedrigsten Mitgliederstand aus. Innerhalb der einzelnen Organisationen häufen sich Gruppenstreitigkeiten und Auseinandersetzungen um Führungspositionen; Tendenzen zur Spaltung in Klein- und Kleinstgruppen sind unverkennbar.

Dagegen stellen die neonazistischen Richtungen des Rechtsextremismus zunehmend einen möglichen Gefahrenherd für die öffentliche Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar.

Im Laufe der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gab der Rechtsextremismus aus verschiedenen Gründen Anlaß zur Sorge:

In den Jahren bis 1952, dem Zeitpunkt des Verbots der Sozialistischen Reichspartei (SRP) durch das Bundesverfassungsgericht, und in der Zeit zwischen den Jahren 1966 und 1969 hatten vor allem zunehmende Wahlerfolge, wachsender Anklang in der Bevölkerung, ansteigende Mitgliederzahlen und Festigung der Organisation Besorgnis ausgelöst.

Seit der Jahreswende 1977/78 sind in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik Deutschland, auch in Schleswig-Holstein, neben seit längerem bereits bestehenden neonazistischen Organisationen neonazistische Kleingruppen in Erscheinung getreten, die Gewalttaten geplant und zum Teil auch begangen haben. Anders als beim ideologisch getragenen und konsequent entwickelten Links-Terrorismus handelt es sich bei den Gewaltta-

ten dieser neonazistischen Kleingruppen jedoch um einen konzeptions- und ziellosen, blindwütigen Aktionismus »aus dem Stand heraus«. Zwischen dem Sich-Kennenlernen, der Erörterung eines Planes und seiner Durchführung liegen oft nur wenige Tage.

Häufiger als in vergangenen Jahren wurden bei Rechtsextremisten im Verlauf von Hausdurchsuchungen auch Waffen, Munition, Bomben oder Sprengstoff gefunden.

Darüber hinaus nimmt die Verbreitung von NS-Literatur, NS-Kennzeichen und NS-Ausrüstungsgegenständen zu. Teilweise werden diese im Ausland hergestellt und von ausländischen rechtsextremistischen, zum Teil neonazistischen Organisationen konspirativ in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt.

Innerhalb des gesamten rechtsextremistischen Lagers ist gegenwärtig eine gewisse Umschichtung zu beobachten. Wegen der schwindenden Bedeutung der »nationaldemokratischen« Organisationen zeigen sich Rechtsextremisten, vor allem jüngere, zunehmend neonazistischem Gedankengut gegenüber aufgeschlossen. Zugleich kommen diese immer mehr zu der Überzeugung, daß sie ihre Ziele nur noch auf einem militanten oder gar terroristischen Weg erreichen können. Hierbei ist ihnen das Auftreten militanter linksextremistischer Kreise bis hin zum Terrorismus Vorbild. Die Empfindlichkeit, mit der die Öffentlichkeit aufgrund der Erfahrungen mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auf Ausschreitungen neonazistischer Täter reagiert, wird bewußt einkalkuliert. Um ihre Wirkung in der Öffentlichkeit zu erhöhen, täuschen die Neonazis eine im Untergrund bestehende feste Organisation vor, die stark genug

sei, die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden.

Tatsächlich handelt es sich bei den in Schleswig-Holstein in Erscheinung getretenen neonazistischen Gruppen um kurzlebige Zweckbündnisse jeweils weniger Personen zur Verfolgung und zur Durchführung einzelner extremistischer, teils terroristischer Aktionen. Deren Publizität geht über die zahlenmäßige und politische Bedeutung dieses Personenkreises weit hinaus. Die Personen sind den Sicherheitsbehörden aufgrund sorgfältiger Beobachtung im wesentlichen bekannt.

Zahlreiche Maßnahmen zur Verhinderung von geplanten Anschlägen beweisen, daß die Staatsorgane mit aller Entschlossenheit den Versuchen der Wiederbelebung des Nazismus entgegenzutreten. Seit einem Jahr wurden in Schleswig-Holstein sämtliche terroristisch-neonazistischen Aktivitäten bereits in der Planungsphase aufgedeckt und unterbunden.

## Linksextremismus

Der organisierte Linksextremismus stellt gegenwärtig keine akute Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Hervorzuheben ist jedoch, daß im Lager der sowjetisch orientierten Kommunisten in zäher Kleinarbeit zielstrebig darauf hingearbeitet wird, die freiheitliche Staatsform der Bundesrepublik Deutschland durch das »Modell DDR« zu ersetzen. Auf dem Wege dahin hat die DKP im vergangenen Jahr einige auffällige Erfolge erzielt. Eine geringe, für die Entwicklung des Extremismus jedoch bemerkenswerte, bundesweite Steigerung der Mitgliederzahl, ferner unübersehbare Erfolge in ihrer Betriebs-

und Gewerkschaftsarbeit – insbesondere bei den Wahlen zu Jugendvertretungen – sowie vereinzelt spektakuläre Ergebnisse bei Kommunalwahlen nötigen zu der Beurteilung, daß die DKP mit der ideologischen, moralischen und massiven finanziellen Unterstützung durch die DDR im Rücken ein politischer Faktor ist, mit dem auf lange Sicht gerechnet werden muß.

Die DKP wurde in der Verfolgung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele tatkräftig in erster Linie durch die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend, den Marxistischen Studentenbund Spartakus und die Deutsche Friedens-Union unterstützt.

Bei ihren Aktionen und Kampagnen gelang es der DKP durch geschicktes Taktieren oft, ihre Urheberchaft oder Regie zu verschleiern. Ein Musterbeispiel hierfür ist die von der DKP seit Jahren betriebene »Berufsverbots«-Kampagne.

Im Gegensatz dazu standen die maoistischen Parteien und Organisationen der Neuen Linken im Jahre 1978 an einem Scheidewege. Ihr Ziel einer bewaffneten Revolution rückte in weite Ferne. Das Fehlen von Solidarisierung auslösenden Ereignissen wie zur Zeit des Vietnamkrieges, eine ideologische Verunsicherung infolge des Machtwechsels in China, interne Führungskämpfe, allgemeine Zweifel innerhalb der Mitgliedschaft am Kaderkommunismus, kurz: Eine von der Basis erkannte Perspektivlosigkeit führte zu nachlassender Aktivität, zu Resignation und zum Überdenken der eigenen Lage. Während sich der KBW, die KPD/ML und die KPD zurückhaltend oder überhaupt nicht über ihre innere Situation geäußert haben, hat der KB in verschiedenen Schriften selbstkritisch zu der von ihm als »Krise der gesamten Linken« be-

zeichneten Erscheinung Stellung genommen.

Um die Mitglieder neu zu motivieren, suchten KBW und KPD/ML neue Agitations- und Betätigungsfelder innerhalb der Bauernschaft. Darüber hinaus verstärkte die KPD/ML, teilweise mit beachtlichen Erfolgen, die Aktivitäten ihrer offen gegen die demokratischen Gewerkschaften auftretenden Nebenorganisation Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO). Daneben setzten die K-Gruppen mit unterschiedlicher Intensität ihre Versuche, gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie gerichtete Bürgerinitiativen zu unterwandern und deren Anliegen in ihre revolutionäre Zielsetzung einzubinden, fort.

Die Krisensituation im Lager der Neuen Linken spiegelte sich 1978 auch im Bereich der Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein wider. Extremistische Studenten wurden weitgehend aus den studentischen Vertretungskörperschaften verdrängt. Mitursächlich hierfür waren die Zerstrittenheit und die fehlende Bündnisbereitschaft der einzelnen extremistischen Studentenorganisationen.

Hinsichtlich der vom Terrorismus ausgehenden Bedrohung muß nachdrücklich vor einer Unterschätzung der Gefahrenlage gewarnt werden. Das Ausbleiben neuer spektakulärer Anschläge ist zumindest zum Teil nur auf die intensiven Fahndungs- und Ermittlungsaktivitäten der Sicherheitsbehörden zurückzuführen. Der »Fahndungsdruck« hat insoweit Erfolg gehabt. Zahlreiche, an angeblichen »Bedürfnissen der Massen« orientierte Anschläge der Revolutionären Zellen und verwandter Gruppen zeigen, daß sich neben der RAF eine neue Generation des Terrorismus herausgebildet hat. Solchen Gruppierungen sind

sechs Anschläge im Berichtsjahr in Schleswig-Holstein zuzurechnen.

## Ausländer-Extremismus

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland gehen maßgeblich von linksextremistischen, sozialrevolutionären und nationalistischen ausländischen Gruppen aus, die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele propagieren. Dabei handelt es sich vor allem um palästinensische, iranische, türkische und kroatische Vereinigungen, die – mit Ausnahme der kroatischen Nationalisten – von ideologisch verwandten deutschen Extremisten zunehmend Unterstützung erhalten.

Dies führte oft zu parallelen oder gemeinsamen Aktionen.

Hervorzuheben sind die auf den Sturz des Schah gerichteten Aktivitäten iranischer Studentengruppen, die im Verlauf der politischen Entwicklung im Iran zu einem starken Solidarisierungseffekt bei deutschen und ausländischen Linksextremisten, insbesondere in Kreisen der Neuen Linken, führten. Dies wurde vor allem bei zahlreichen Demonstrationen sichtbar, die zum Teil gewalttätig verliefen.

## Spionageabwehr

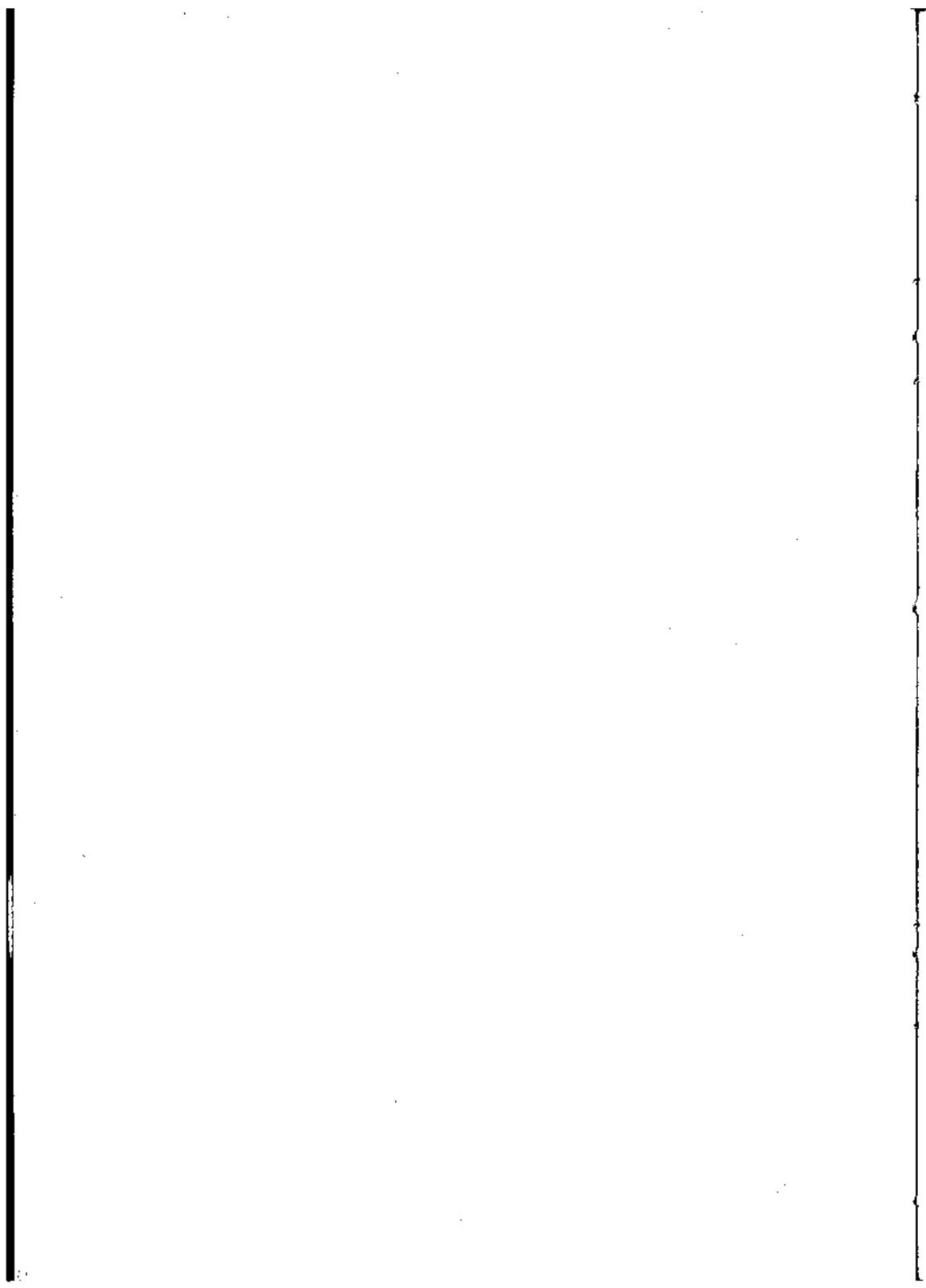
Die Zahl der Spionageverdachtsfälle nahm im Jahr 1978 in Schleswig-Holstein deutlich zu. Innerhalb der letzten fünf Jahre ist eine Steigerung solcher Fälle um fast 100 % zu verzeichnen.

Drei Viertel aller Spionageaktivitäten gingen 1978 von Nachrichtendiensten der DDR aus. Daneben waren vor allem Aktivitäten der sowjetischen und polnischen Nachrichtendienste zu verzeichnen.

---

Aufklärungsziele waren hauptsächlich die Bereiche Politik und Verwaltung sowie Wirtschaft und Bundeswehr.

Anbahnungsgelegenheiten ergaben sich für die Nachrichtendienste der DDR, wie in den Vorjahren, vor allem bei Reisen von Bürgern der Bundesrepublik Deutschland in die DDR. Ein weiterer Schwerpunkt der Anbahnungsversuche lag wiederum in der Briefanbahnung.



---

Rechts-  
extremistische  
Bestrebungen in  
Schleswig-Holstein  
1978

**B**

## Die Situation des Rechts- extremismus

Kennzeichnend für den Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein waren im Jahre 1978

- der weitere organisatorische Niedergang der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Jungen Nationaldemokraten (JN),
- die in der Öffentlichkeit stark beachtete Zunahme rechtsextremistischer Ausschreitungen,
- die politisch motivierten kriminellen Aktivitäten im norddeutschen Raum um den Führer der ANS (Aktionsfront Nationaler Sozialisten) Michael KÜHNEN aus Hamburg und um den Wiking-Jugend-Gauführer Uwe

- ROHWER aus Dörpstedt,  
- die Verhinderung eines von Rechts-  
extremisten geplanten Sprengstoff-  
anschlages in Kiel.

Die rechtzeitige und energische Reaktion der Sicherheitsbehörden auf gewalttätige Aktivitäten hat zu einer spürbaren und – soweit bislang erkennbar – nachhaltigen Verunsicherung der in Norddeutschland existierenden neonazistischen Gruppen geführt.

## Übersicht in Zahlen

a

### Organisationen und Gruppen

Ende 1978 gehörten insgesamt 17.600 Personen in der Bundesrepublik Deutschland 76 rechtsextremisti-

	1977				1978			
	Bund		Land		Bund		Land	
	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.	Org.	Mitgl.
„Nationaldemokratische“ Organisationen	5	10.600	2	650	5	10.100	2	525
Neonazistische Gruppen	17	900	3	120	24	1.000	4	125
„National-Freiheitliche“ Organisationen	7	5.400	4	90	7	5.600	4	110
Gruppen der „Neuen Rechte“	9	200	-	-	-	-	-	-
Sonstige Vereinigungen	45	5.200	13	190	40	5.400	6	120
	83	22.300	22	1.050	76	22.100	16	880
Abzug für Mehrfachmitgliedschaften		4.500		ca.200		4.500		100
		17.800		850		17.600		780

schen Organisationen an. Infolge von Doppelmitgliedschaften beträgt die Gesamtmitgliederstärke der Organisationen 22.100. Sowohl die Zahl der Organisationen als auch die der Mitglieder ist gegenüber dem Vorjahr weiter rückläufig. Aus Schleswig-Holstein gehörten am Ende des Berichtsjahres 780 Personen rechtsextremistischen Organisationen an. Die Mitgliederstärke verringerte sich 1978 gegenüber dem Vorjahr im Bundesgebiet um 1,2 %, in Schleswig-Holstein um 8,2 %.

#### b

#### **Ausschreitungen mit rechtsextremistischem Hintergrund**

Im Jahre 1978 wurden in Schleswig-Holstein 120 Anzeigen wegen rechtsextremistischer Ausschreitungen erstattet gegenüber 46 Anzeigen im Vorjahr. In der Mehrzahl der Fälle handelte es sich um Plakat- und Schmieraktionen (61) und um das Verteilen bzw. Versenden von neonazistischen Schriften (37). 6 Anzeigen wurden wegen antisemitischer Beleidigungen bzw. Schmähungen (u. a. Schändungen jüdischer Friedhöfe) erstattet.

Die Schwerpunkte der Straftaten lagen im Raum Eiderstedt und in den Städten Kiel und Flensburg. In bisher 21 Fällen konnten die Täter ermittelt werden.

### **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)**

Die NPD – im November 1964 als Bundespartei, im April 1965 in Schleswig-Holstein gegründet – ist nach wie vor die größte Organisationseinheit des rechtsextremistischen Lagers. Ständiger Mitgliederschwund, Füh-

rungsschwäche und fehlende Resonanz in der Bevölkerung signalisieren jedoch die Entwicklung in die Bedeutungslosigkeit. Jüngere Mitglieder, die diese Entwicklung erkannt haben, versuchen, einen härteren Kurs zu steuern und die bislang dominierenden national-konservativen Kräfte zurückzudrängen.

#### a

#### **Parteiorganisation**

Der Mitgliederschwund der NPD hat sich auch 1978 fortgesetzt. Während die Mitgliederzahl im Bundesgebiet von 9.000 im Jahre 1977 auf 8.500 (5,6 %) sank, ist im Landesverband Schleswig-Holstein die Zahl der Mitglieder um 16 % auf 500 zurückgegangen. Damit hat die Mitgliederzahl in Schleswig-Holstein seit dem Höchststand im Oktober 1967 mit 1.850 Mitgliedern um 73 % abgenommen.

Zur Zeit besteht der Landesverband aus 13 Kreisverbänden; von diesen ist nur ein einziger voll funktionsfähig. Die Aktivitäten der übrigen Kreisverbände beschränkten sich 1978 auf die Durchführung von größtenteils schlecht besuchten Mitgliederversammlungen.

Die finanzielle Lage des Landesverbandes ist weiterhin angespannt. Die Beitragseinnahmen sind gering; viele Mitglieder sind mit ihren Beiträgen im Rückstand. Eine besondere Belastung stellt immer noch die Verpflichtung zur Rückzahlung von Wahlkampfkostenvorauszahlungen für den Landtagswahlkampf 1971 dar.

Zur Unterrichtung der Mitglieder des Landesverbandes über die Parteiarbeit erscheint in unregelmäßigen Zeitabständen das Mitteilungsblatt »Informationen des Landesverbandes Schleswig-Holstein«. Entsprechend der Mit-



glieredzahl geht die Auflage laufend zurück. Durch den Bundesverband erhalten die Mitglieder das Parteiorgan »Deutsche Stimme«, das monatlich mit einer Auflage von 100.000 Exemplaren erscheint.

## b

### Wahlbeteiligungen

An der Europawahl 1979 wird sich die NPD aufgrund eines Parteitagsbeschlusses nicht beteiligen.

An der Kommunalwahl am 5. März 1978 beteiligte sich die NPD nur im Kreis Steinburg. Dort erhielt sie 620 Stimmen = 0,3 % (1970 = 3,6 %).

Die NPD beabsichtigt, sich an der Landtagswahl 1979 mit Direktkandidaten und mit einer Landesliste zu beteiligen. Bei den letzten Landtagswahlen betrug ihr Stimmenanteil

1967	=	5,8 %
1971	=	1,3 %
1975	=	0,5 %

## Junge Nationaldemokraten (JN)

Der Landesverband der Jungen Nationaldemokraten (Jugendverband der NPD) verfiel 1978 zunehmend in Agonie. Er hat nur noch etwa 25 Mitglieder, die ohne organisatorischen Zusammenhalt im Land verstreut wohnen.

Dem Landesvorstand wird von einem Teil der noch vorhandenen Mitglieder vorgeworfen, weder eine Führungskonzeption noch Führungseigenschaften zu haben.

Als Versuch zur »Wiederbelebung« wurde im Dezember ein Kreisverband für die Bezirke der Stadt Kiel und des Kreises Rendsburg-Eckernförde gegründet. Die einzige bemerkenswerte Aktivität im Jahre 1978 war die Errichtung einzelner Informationsstände für

die Verteilung von Propagandamaterial.

Eine Zusammenarbeit mit neonazistischen Gruppen wird sowohl von der JN als auch von der übergeordneten NPD-Führung offiziell abgelehnt. Dennoch ist unverkennbar, daß ein Teil der JN-Mitglieder neonazistischem Gedankengut gegenüber aufgeschlossen ist und sich an neonazistischen Planungen beteiligt.

## Neonazistische Aktivitäten

### a

### Die Situation neonazistischer Gruppen

In letzter Zeit, insbesondere im Jahre 1978, haben sich verschiedene neonazistische Gruppen ohne feste organisatorische Struktur und mit wechselndem Mitgliederbestand gebildet. Wegen des ständigen Wechsels ist eine mitgliedschaftliche Zuordnung einzelner Personen zu bestimmten Gruppen oft kaum möglich. Insgesamt können die bisher in Schleswig-Holstein in Erscheinung getretenen neonazistischen Gruppierungen als instabile Zweckbündnisse zur Verfolgung und Durchführung einzelner extremistischer, teils terroristischer Aktionen bezeichnet werden. Während sich in der Vergangenheit die Aktivitäten solcher Gruppierungen in Schleswig-Holstein auf Hakenkreuzschmierereien und ähnliche Straftaten beschränkten, wurden seit der Jahreswende 1977/78 erstmals auch gewalttätige Aktionen verzeichnet, die zum Teil den Charakter terroristischer Gewalttaten hatten. Die im ersten Halbjahr 1978 durchgeführten Exekutivmaßnahmen, die zu mehreren Haftbefehlen führten, brachten eine weitgehende Verringerung des zu Gewalttaten neigenden Poten-

tials mit sich. Die noch auf freiem Fuß befindlichen Anhänger neonazistischer Gruppen beschränkten sich in der Folgezeit auf die Planung oder bloße Erörterung gewalttätiger Aktionen.

## **b**

### **Einzelne neonazistische Gruppen und deren Aktionen**

b 1

#### *Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS)*

Anfang Mai 1978 wurde der Gau Schleswig-Holstein der Aktionsfront Nationaler Sozialisten, die sich im November 1977 unter Führung des ehemaligen Bundeswehrlieutnants Michael KÜHNEN in Hamburg zusammengefounden hatte, gegründet. Dabei wurde der seit Februar 1978 bestehende »Gau Kiel der NSDAP« in »ANS-Gau Kiel« umbenannt.

Im Juli führte die ANS in Lentförden eine Veranstaltung unter dem Motto »Gerechtigkeit für Adolf HITLER« durch, an der rund 120 Personen aus der gesamten Bundesrepublik Deutschland teilnahmen. Bei der Auflösung der behördlicherseits verbotenen Veranstaltung kam es zu einer regelrechten »Saalschlacht«, bei der 12 Polizeibeamte schwer verletzt und 20 Teilnehmer vorläufig festgenommen wurden. Dies war nach Jahren die erste offene und beabsichtigte Konfrontation rechtsextremistischer Kräfte mit der Staatsgewalt.

Die ANS gibt in kleiner Auflagenhöhe eine unregelmäßig erscheinende Monatsschrift »Der Kämpfer« heraus, die sich nach wie vor als »Organ der NSDAP Gau Nordmark« bezeichnet. Die Schrift verbreitet unter Verherrlichung des Nationalsozialismus aggressives antisemitisches Gedankengut.

b 2

#### *Wehrsportgruppe ROHWER*

Im Januar 1978 schloß der bereits bekannte Neonazi Uwe ROHWER aus Dörpstedt (Kreis Schleswig-Flensburg) mehrere Gesinnungsgenossen zu einer »Wehrsportgruppe« zusammen, die fortan auf seinem Hof eine paramilitärische Ausbildung erhielten. Einige von ihnen waren gleichzeitig Mitglieder der ANS und/oder der Wiking-Jugend. Diese »Wehrsportgruppe« sollte zu einer Art Untergrundarmee ausgebaut werden, die Anschläge gegen öffentliche Einrichtungen verüben, bestimmte Personen »liquidieren«, Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus zerstören und Rudolf HESS aus dem Spandauer Gefängnis befreien sollte.

Während der zweiten Übung der »Wehrsportgruppe« am 4./5. Februar in Dörpstedt führten die 5 Anführer des Nachts zum Truppenübungsplatz Bergen-Hohne und verübten einen Überfall auf ein Biwaklager der niederländischen Armee. Nachdem sie unter brutaler Gewaltanwendung 4 Maschinenpistolen nebst Munition erbeutet hatten, kehrten sie nach Dörpstedt zurück, wo sie mit den übrigen »Wehrsportgruppenmitgliedern« die »Wehrsportübung« fortsetzten.

Im Zuge der späteren strafrechtlichen Ermittlungen stellte sich heraus, daß in den vorangegangenen Monaten einige Mitglieder der Gruppe in wechselnder Zusammensetzung bereits mehrere Raubüberfälle begangen hatten, um Waffen und Geld zum Aufbau der »Wehrsportgruppe« zu beschaffen. Unter anderem hatten sie kurz vor Weihnachten 1977 einen Überfall auf eine Hamburger Sparkasse verübt und dabei 60.000 DM geraubt.

Die erbeuteten Waffen und angeschafften Ausrüstungsgegenstände

wurden auf einem Bauernhof in Kragstedt (Kreis Schleswig-Flensburg) sichergestellt. Inzwischen hat der Generalbundesanwalt Anklage u. a. wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung erhoben.

b 3

»Gruppe STUBBEMANN«

Ende Mai 1978 konnte die Absicht einer dreiköpfigen Kieler Gruppe, die von dem »ANS-Gau-Führer« Frank STUBBEMANN geleitet wurde, verhindert werden, einen Sprengstoffanschlag auf das Büro des Kommunistischen Bundes Westdeutschland in Kiel-Gaarden durchzuführen; die Sprengmittel sollten aus Bundeswehrbeständen beschafft werden. Darüber hinaus hatte die Gruppe Raubüberfälle auf Geldboten, Supermärkte und auf die Kasse des Kieler Opernhauses geplant. Noch vor der Ausführung dieser Anschläge konnten die drei Personen festgenommen werden.

Inzwischen hat der Generalstaatsanwalt in Schleswig auch gegen diese Gruppe Anklage u. a. wegen Gründung einer terroristischen Vereinigung erhoben.

b 4

*Bürger- und Bauerninitiative (BBI)*

Die von dem Agrarjournalisten Thies CHRISTOPHERSEN geleitete Bürger- und Bauerninitiative (BBI) veranstaltete auch 1978 zwei Freundestreffen. Das Frühjahrstreffen fand im Februar in Hamburg-Lurup statt, wobei es zu massiven Gegendemonstrationen von Linksextremisten kam.

Um jüngeren Nachwuchs für seine Bewegung zu gewinnen, veranstaltete CHRISTOPHERSEN im November 1978 in Kiel eine Werbeveranstaltung, an der u. a. 50 Jugendliche teilnah-

men. Einige davon gehören bereits anderen neonazistischen Gruppen an.

In seiner vom »Kritik«-Verlag herausgegebenen Schrift »Die Bauernschaft« leugnet und verharmlost CHRISTOPHERSEN die Verbrechen des Nationalsozialismus. Außerdem vertreibt er eine nunmehr illustrierte Neuaufgabe seiner bereits bekannten Schrift »Die Auschwitz-Lüge«.

b 5

*NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP-AO)*

Die NSDAP-AO, die sich sowohl »Aufbauorganisation« als auch »Auslandsorganisation« nennt, verfügt auch in Schleswig-Holstein über einige Anhänger, die auf dem Postwege von dem Leiter der Organisation, dem Amerikaner Gary Rex LAUCK, Lincoln/Nebraska (USA), mit dem zweimonatlich erscheinenden Parteiorgan »NS-Kampfruf« und mit Klebezetteln, die das Hakenkreuz und verschiedene Aufschriften tragen, beliefert werden.

## National-Freiheitliche Rechte

Im Jahre 1972 hatte der als Rechts-extremist bekannte Zeitungsverleger Dr. Gerhard FREY, München, den »Freiheitlichen Rat« ins Leben gerufen, dem folgende Organisationen angehören:

Deutsche Volksunion (DVU),  
Aktion Oder-Neiße (AKON),  
Deutscher Block (DB),  
Jugendbund Adler (JBA),  
Wiking-Jugend (WJ) und  
Gemeinschaft Ost- und Sudeten-  
deutscher Grundeigentümer und  
Geschädigter (GOG).

Der »Freiheitliche Rat« ist ein Koordinierungsinstrument der genannten

Organisationen, die einen Mitgliederbestand von ca. 5.000 Personen umfassen. Die DVU ist die größte der genannten Organisationen; die übrigen haben dagegen nur eine geringe Bedeutung.

In Schleswig-Holstein ist lediglich die DVU von gewisser Bedeutung, die in Lübeck einen Bezirksverband unterhält; der Versuch einer Wiederbelebung des Bezirksverbandes Kiel und die Gründung eines Bezirksverbandes Neumünster scheiterten.

Der »Gau Nordmark« (Schleswig-Holstein und Hamburg) der Wiking-Jugend rückte Anfang 1978 dadurch in den Blickpunkt der Öffentlichkeit, daß sowohl der »Gauführer« Uwe ROHWER als auch sein Stellvertreter Manfred BÖRM wegen des Verdachts, an dem Überfall auf ein niederländisches Militärlager in Bergen-Hohne beteiligt gewesen zu sein, in Haft genommen wurden. Seit der Ausschaltung dieser Führungspersonen sind nennenswerte Aktivitäten der WJ nicht mehr zu verzeichnen.

## **Sonstige rechtsextremistische Vereinigungen**

Erwähnenswert sind noch folgende als rechtsextremistisch zu bezeichnende Gruppierungen und Einrichtungen, auch wenn ihnen eine größere politische Ausstrahlung versagt bleibt:

### **a**

#### **Buchladen »Sturmwind« in Kiel**

Der im Jahre 1976 von einem ehemaligen JN-Mitglied in Kiel eröffnete Buchladen »Sturmwind« diente weiterhin als Treff- und Versammlungslokal der Rechtsextremisten im Kieler Raum. Vor allem der Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) benutzt die Räu-

me des Buchladens für seine Gruppenabende. Die Absicht des Buchladeninhabers, zusammen mit dem Freundeskreis Filmkunst e. V. die Auf-führung des 1943 gedrehten Films »U-Boote westwärts« zu ermöglichen, führte zu starken öffentlichen Protesten und einer Protestdemonstration.

### **b**

#### **Bund Heimattreuer Jugend (BHJ)**

Anfang 1978 wurde in Kiel eine Gruppe des BHJ gegründet, die der »Leitstelle Nord« des BHJ in Niedersachsen angegliedert ist. Bislang besteht die Kieler Gruppe nur aus wenigen Mitgliedern.

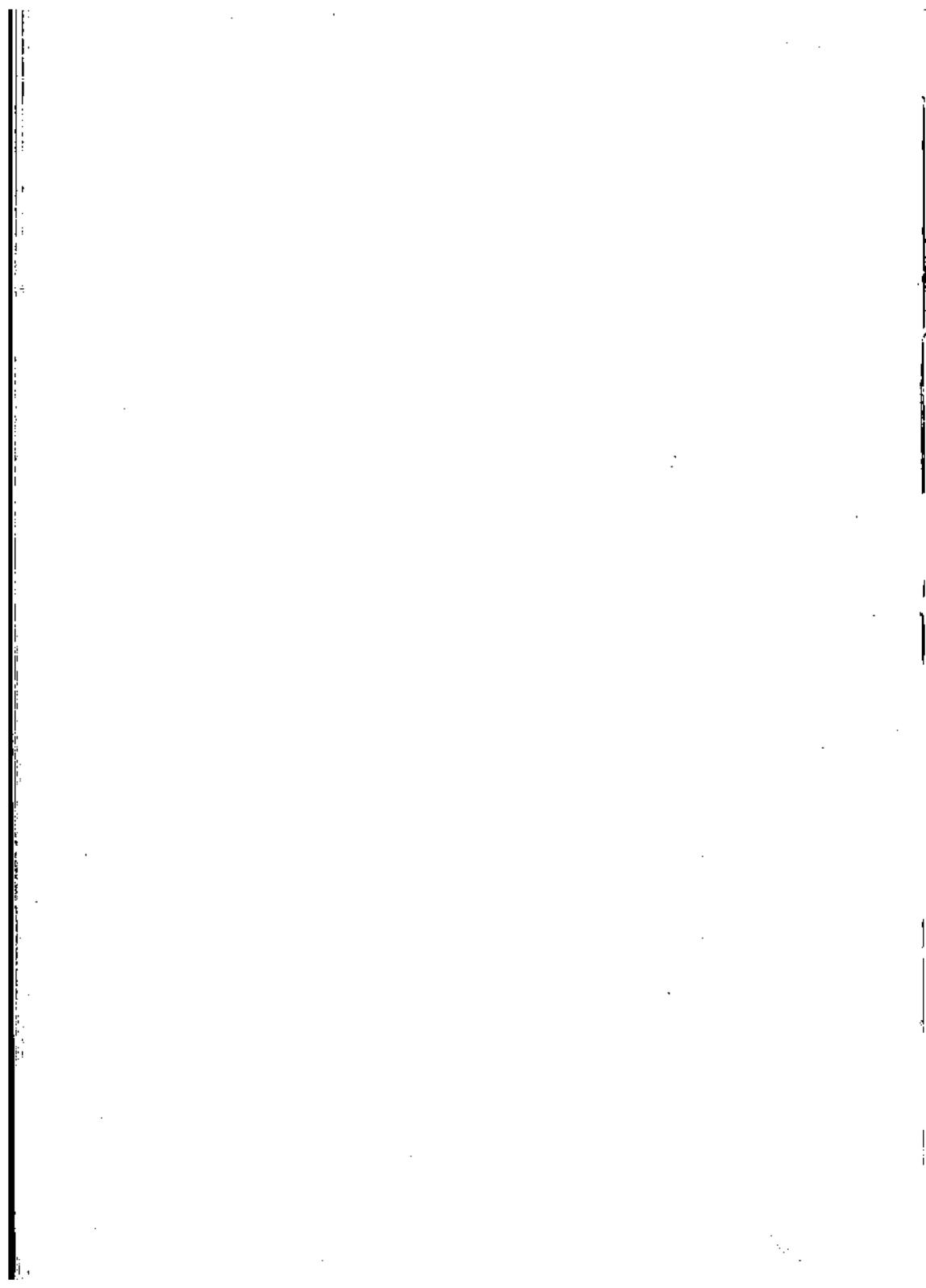
### **c**

#### **Deutsches Kulturwerk**

#### **Europäischen Geistes (DKEG)**

Das nationalistisch-völkisch orientierte Deutsche Kulturwerk Europäischen Geistes (DKEG) führt in seinen »Pflegestätten« in Kiel und Kellinghusen in größeren Zeitabständen Vortrags- und Filmveranstaltungen durch.

Auf Bundesebene traten zum Jahresende erhebliche Spannungen der einzelnen »Pflegestätten« mit der Bundesführung hervor, die eine Spaltung des DKEG in einen Süd- und einen Nordverband erwarten lassen.



---

# Linksextremistische Bestrebungen in Schleswig-Holstein 1978

C

## Die Situation des Linksextremismus

Auch im Jahre 1978 haben sich die linksextremistischen Kräfte in Schleswig-Holstein wie im übrigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland unvermindert bemüht, ihre politische Basis in der Bevölkerung zu erweitern, um damit ihrem Ziel, der Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in unserem Lande, näherzukommen. Die von ihnen erhoffte Beachtung und Resonanz in der Bevölkerung haben sie jedoch nicht gefunden.

Während es der Moskau-hörigen DKP nebst ihren Neben- und beeinflussten Organisationen gelang, durch zähe Kleinarbeit und geschicktes Aufgreifen aktueller Themen ihre Mitgliederstärke und ihre Resonanz in der Bevölkerung geringfügig zu erweitern, war die Entwicklung der Parteien und Gruppierungen der maoistischen Linken (Neuen Linken) durchweg von einer durch innere Streitigkeiten und dem Fehlen von »Zündfunken« verursachten Stagnation und Resignation gekennzeichnet. Führungsstreitigkeiten

und schwindende Bereitschaft, die engen ideologischen, organisatorischen und persönlichen Fesseln dogmatisch konzipierter Gruppierungen länger zu ertragen, ließen einen Teil der bisherigen Anhängerschaft in den Bereich der sogenannten Undogmatischen Linken abwandern. Nicht zuletzt deshalb ist unter den linken Gruppierungen – auch an den Hochschulen – eine Verlagerung des Schwerpunktes von den dogmatischen zu den undogmatischen Gruppierungen festzustellen.

## Übersicht in Zahlen

a

Organisationen und Gruppen

Wegen der Vielzahl verfassungsfeindlicher Gruppen muß im Rahmen dieses Berichts eine Beschränkung auf die wesentlichen Parteien und Organisationen mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung erfolgen, zumal es viele kleine, lose und kurzlebige Zusammenschlüsse mit starker Mitgliederfluktuation gibt.

Ende 1978 wiesen die linksextremistischen Organisationen im Bundes-

	Organisationen	1977		1978	
		Mitglieder Bund	Mitglieder Land	Mitglieder Bund	Mitglieder Land
Orthodoxer Kommunismus	DKP	42.000	1.400	46.480	1.500
	VVN/BdA	10.000	400	12.000	400
	DFG/VK	19.500	unbekannt	14.000	unbekannt
	MSB	5.800	60	6.000	80
	SDAJ	15.000	500	15.000	600
	Junge Pioniere	2.500	150	2.500	200
	DFU	2.000	350	2.000	250
Neue Linke	KBW	4.200	200	3.800	150
	KPD/ML	800	300	600	280
	KPD	700	50	550	30
	KB	1.700	350	1.400	200
insgesamt:		104.200	3.760	104.330	3.640

gebiet 104.930 Mitglieder, in Schleswig-Holstein 3.590 Mitglieder auf. Die Mitgliederstärke der bekanntesten Organisationen ergibt sich aus der Tabelle auf Seite 24.

## b

### **Ausschreitungen mit links-extremistischem Hintergrund**

Im Gegensatz zur Zahl der rechts-extremistischen Ausschreitungen ist der Erkenntnisstand für den Bereich des Linksextremismus lückenhaft, denn nicht jede Farbschmiererei links-extremistischen Inhalts führt zu einer Anzeige. Dennoch wurden 1978 rund 450 Ermittlungsverfahren wegen Ausschreitungen mit linksextremistischem Hintergrund bekannt. Bei den Delikten handelte es sich vorwiegend um Sachbeschädigungen (Plakataktionen), Hausfriedensbruch, Verstöße gegen das Versammlungsgesetz, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Landfriedensbruch. Ganz überwiegend richteten sich die Verfahren gegen Angehörige der Neuen Linken. Die Tatverdächtigen bzw. die ermittelten Täter waren größtenteils dem KBW zuzurechnen.

## **Orthodoxer Kommunismus**

### a

#### **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)**

Die am 26. September 1968 gegründete, nach marxistisch-leninistischen Organisationsprinzipien aufgebaute DKP vertritt in der Bundesrepublik Deutschland den orthodoxen Kommunismus. Erstmals in ihrer Geschichte hat sie im Oktober 1978 ein Parteiprogramm beschlossen. Hiernach betrachtet sie sich als »die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse der Bundesrepublik Deutschland«; sie

folgt vorbehaltlos der von der KPdSU und der SED vorgezeichneten Linie. Nach wie vor hält sie an ihrer bereits bekannten verfassungsfeindlichen Zielsetzung fest, nämlich in der Bundesrepublik Deutschland eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung nach dem Modell ost-europäischer kommunistischer Staaten zu errichten, und zwar auf dem Weg über eine sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats. Im Parteiprogramm werden diese Begriffe mit »sozialistische Umwälzung« bzw. »politische Macht der Arbeiterklasse« umschrieben.

Auf Bundesebene hat die DKP nach ihren Angaben zur Zeit in 12 Bezirksorganisationen insgesamt 46.480 Mitglieder. Der Bezirksorganisation Schleswig-Holstein gehören ca. 1.500 Mitglieder an. Hier gliedert sie sich in 11 Kreisorganisationen, 38 Orts-/Stadtteil- und 6 Betriebsgruppen (darunter eine Hochschulgruppe).

Arbeitsschwerpunkte der Bezirksorganisation Schleswig-Holstein waren im Jahre 1978:

»Kampf für das Recht auf Arbeit«, Bemühungen um die Ächtung der Neutronenbombe, eine breite Diskussion des Parteiprogramm-Entwurfs, Aktionen »gegen den Neofaschismus« sowie

die Weiterführung der Kampagne gegen „Berufsverbote“ und die intensive Vorbereitung der Teilnahme an den Kommunalwahlen 1978.

Unbestreitbare Erfolge auf den beiden letztgenannten Arbeitsgebieten haben den Mitgliedern der DKP nicht nur Ansporn für ihre Bemühungen um eine Verbreiterung ihrer Parteibasis gegeben, sondern auch Hoffnungen auf ein erfolgreicherer Abschneiden an den Landtagswahlen am 29. April

1979 vermittelt. Nicht zuletzt die Erfolgserlebnisse haben weite Teile der Anhängerschaft der DKP animiert, noch mehr als bisher unter Zurückstellung persönlicher Interessen für die Partei und deren Ziele zu werben; der Mitgliederzuwachs der DKP im Jahre 1978 ist nicht unbeträchtlich ausgefallen.

Im Bundesanzeiger vom 21. November 1978 ist ein Rechenschaftsbericht der DKP für das Jahr 1977 veröffentlicht. Demnach betragen die Gesamteinnahmen 13.348.853,34 DM (Bezirksorganisation Schleswig-Holstein: 486.694,34 DM).

Die angegebenen Einnahmen können jedoch nicht annähernd ausreichen, um den aufwendigen Parteiapparat zu finanzieren und die Kosten für die Wahlkämpfe, Veranstaltungen, Schulungen sowie für die Agitation mit Druckschriften zu decken, zumal der durchschnittliche monatliche Beitrag eines DKP-Mitgliedes nur etwa 8,50 DM beträgt.

Die DDR stellt der DKP für die Finanzierung ihrer eigenen Parteiarbeit, für die Nebenorganisationen (MSB-Spartakus, SDAJ und Junge Pioniere) und für die von ihr geförderten Verlage Zuschüsse von jährlich mehr als 50 Millionen DM zur Verfügung.

## **b** **Nebenorganisationen der DKP**

### **b 1** *Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)*

Die SDAJ als Jugendorganisation der DKP ist mit zur Zeit 15.000 Mitgliedern im Bundesgebiet eine bedeutende Kaderreserve der Partei. Zwischen ihr und der SDAJ bestehen auf allen Ebenen enge personelle Verflechtungen. In der Regel sind alle leitenden SDAJ-Funktionäre auch Mitglieder der DKP.

Die im Mai 1968 gegründete SDAJ bekennt sich in ihrer Satzung wie die DKP zu den revolutionären Zielen von Marx, Engels und Lenin.

Im Landesverband Schleswig-Holstein der SDAJ sind derzeit in 6 Kreisverbänden und in ca. 35 örtlichen und in mehreren Schüler- und Betriebsgruppen nahezu 600 junge Menschen organisiert.

Flexible Jugendarbeit, engagiertes Aufnehmen von Problemen der Jugend wie Jugendarbeitslosigkeit und Freizeitgestaltung und aggressives Agitieren gegen tatsächliche oder vermeintliche Mißstände haben der SDAJ Aufmerksamkeit und zum Teil Sympathien eingebracht.

Einige SDAJ-Mitglieder wurden in betriebliche Jugendvertretungen und in Kreisjugendvertretungen des DGB gewählt.

### **b 2** *Junge Pioniere – Sozialistische Kinderorganisation (JP)*

Die von der DKP 1974 ins Leben gerufene Kinderorganisation Junge Pioniere umfaßt gegenwärtig schätzungsweise 200 Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren.

Durch Kinderfeste, Lager, Wanderungen, Basare, Weihnachtsfeiern und Gruppennachmittage und andere kindgemäße Veranstaltungen versucht die Organisation, Kinder an sich zu binden und weitere Kinder für die Mitarbeit bei den Jungen Pionieren zu gewinnen.

Mit Hilfe der Aktion „Komm mit in ein kinderfreundliches Land!“ sollten auch 1978 Junge Pioniere und andere Kinder den »realen Sozialismus« in der DDR und dessen »Kinderfreundlichkeit« kennenlernen. In den letzten Jahren haben mehrere tausend Kinder

aus der Bundesrepublik Deutschland an diesen Ferienlagern teilgenommen.

b 3

#### **Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)**

Im Bereich der Hochschulen vertritt der MSB-Spartakus die orthodox-kommunistische Linie. Trotz Unterstützung durch die Mutterpartei übt die Organisation nur geringen Einfluß auf die Studentenschaft aus. Von den insgesamt ca. 80 Mitgliedern sind die »Kieler Genossen« vielfach auch in der DKP-Hochschulgruppe organisiert, die sich über den studentischen Bereich hinaus der Betriebsarbeit an den Kieler Hochschulen angenommen hat.

c

#### **Von der DKP beeinflusste Organisationen**

Als kommunistisch beeinflusst werden solche von der DKP gegründete oder unterwanderte Organisationen bezeichnet, in denen – oft überwiegend – Nicht-Kommunisten Mitglieder sind, auf deren Arbeit die DKP jedoch wesentlichen Einfluß nimmt.

c 1

#### **Deutsche Friedens-Union (DFU)**

Eine der aktivsten Organisationen im Rahmen kommunistischer Bündnispolitik ist die Deutsche Friedens-Union. 1960 wurde sie unter maßgeblicher Beteiligung der illegalen KPD gegründet. Sie verzichtet seit Jahren zugunsten der DKP auf die Beteiligung an Wahlen.

Auch zur schleswig-holsteinischen Landtagswahl 1979 fordert sie recht unverblümt dazu auf, die DKP zu wählen.

Die DFU zählt im Bundesgebiet etwa 2.000 Mitglieder. In Schleswig-Holstein führt ein Kern von etwa 20 Funktionären und aktiven Mitgliedern

die eigentliche politische Arbeit durch. Die DFU versteht sich als Sammlungsbewegung für bürgerliche Kreise und trägt ihre Propaganda über eine Reihe von ihr beeinflusster oder sogar gegründeter Arbeitsgemeinschaften und Initiativen in die Öffentlichkeit. Zu diesen gehören beispielsweise

DFU-Abrüstungskommission,  
DFU-Arbeitskreis für Mittelstandsfragen,

DFU-Landesbildungskommission,  
Initiative »Christen für die Abrüstung«,

Initiative »Weg mit den Berufsverboten« (mit einer Reihe von örtlichen Initiativen),

»Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«.

c 2

#### **Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) und Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK)**

Ursprüngliches Anliegen der 1947 gegründeten VVN war es, die Opfer des Nationalsozialismus zu vertreten und die Tradition des antifaschistischen Widerstandes zu pflegen. In den letzten Jahren vertrat die Organisation jedoch zunehmend politische Forderungen der DKP in Wehr- und Abrüstungsfragen. Die auf Bundesebene etwa 12.000 Mitglieder zählende VVN-BdA ist in Schleswig-Holstein mit rund 400 – vorwiegend inaktiven – Anhängern vertreten.

Von der DFG/VK sind in Schleswig-Holstein nur einige Gruppen bekannt, deren Funktionäre sich unter anderem mit Fragen der Kriegsdienstverweigerung befassen.

## d

### **Bündnispolitik**

Wegen ihrer geringen Resonanz in der Bevölkerung und ihres bescheidenen Wählerpotentials bemüht sich die DKP entsprechend bewährter marxistisch-leninistischer Strategie und Taktik um Zusammenarbeit mit anderen nichtkommunistischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppierungen, um auf diesem Weg einerseits tagespolitische Erfolge zu erzielen und auf längere Sicht Wege für die Verwirklichung ihrer verfassungsfeindlichen Zielsetzung zu bereiten. Eine solche Bündnispolitik ist ausdrücklicher Bestandteil des Parteiprogramms.

Als augenscheinlichsten Erfolg ihrer Bündnispolitik feierte die DKP die vom Bundeskabinett am 17. Januar 1979 verabschiedeten »Grundsätze für die Prüfung der Verfassungstreue«.

## e

### **Gewerkschafts- und Betriebsarbeit**

#### e 1

#### *Gewerkschaftsarbeit*

Mit den in den Abschnitten IV und V ihres Parteiprogrammes erhobenen Forderungen hat die Gewerkschaftsarbeit der DKP eine neue Grundlage erhalten. Danach tritt die DKP für starke Einheits-Gewerkschaften ein, verfißt gewerkschaftliche Beschlüsse und fordert ihre Mitglieder auf, aktiv in den Gewerkschaften mitzuarbeiten.

Tatsächlich ist die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit eine ebenso konsequente Fortsetzung Lenin'scher Strategie wie die Bündnispolitik. Ein Zitat von Lenin verdeutlicht die Art und Weise, in welcher Kommunisten in Gewerkschaften zu wirken haben:

»Kommunisten müssen zu all und jedem Opfer entschlossen sein und sogar – wenn es sein muß – zu allen möglichen Listen, Kniffen und illegalen

Methoden, zur Verschweigung, Verheimlichung der Wahrheit bereit sein, um nur in die Gewerkschaften einzudringen, in ihnen zu bleiben und dort um jeden Preis kommunistische Arbeit zu leisten.«

Wesentliche Erfolge sind der DKP in der Gewerkschaftsarbeit trotz aller Anstrengungen nicht beschieden. In einigen Fällen gelang es DKP-Mitgliedern, Funktionen in Gewerkschaften zu übernehmen.

#### e 2

#### *Betriebsarbeit*

Die DKP betrachtet ihre Betriebsgruppen als ihre wichtigsten Grundeinheiten. Derzeit bestehen in Schleswig-Holstein 6 Betriebsgruppen; 8 Betriebszeitungen erscheinen regelmäßig.

Aufgrund intensiver Bemühungen waren gewisse Erfolge der DKP bei den Betriebsratswahlen und der SDAJ bei den Jugendvertretungswahlen zu verzeichnen.

Zur Intensivierung der Gewerkschafts- und der Betriebsarbeit sind aufgrund eines Beschlusses des Parteivorstandes auf der Ebene der Bezirksorganisationen sogenannte Bezirksarbeiterschulen eingerichtet worden. Seit einiger Zeit laufen an diesen Schulen Lehrgänge, die besonders auf die Verhältnisse in Großbetrieben zugeschnitten sind.

## f

### **Beteiligung an Wahlen**

#### f 1

#### *Teilnahme an den Kommunalwahlen 1978*

Bei den Kommunalwahlen 1978 konnte die DKP 7.433 (= 0,5 %) Stimmen erringen. Damit konnte die Partei ihre Stimmenzahl im Vergleich zur Kommunalwahl 1974 um 923 Stimmen erhöhen. In Barmstedt konnte sie

dabei mit 1.137 Stimmen (rd. 12 %) einen spektakulären Erfolg erzielen und 2 Sitze in der Stadtvertretung erringen. (Bei der Landtagswahl 1975 hatte die DKP 5.926, bei der Bundestagswahl 1976 hatte sie 4.104 Stimmen errungen.)

f 2

### *Vorbereitungen für die Teilnahme an der Landtagswahl*

Die Bezirksdelegiertenkonferenz hat, beflügelt durch die Teilerfolge bei den Kommunalwahlen, am 27./28. Mai beschlossen, bei der Landtagswahl 1979 in Schleswig-Holstein in allen 44 Wahlkreisen zu kandidieren. Entsprechend ihrer Wahlkampfkonzeption hat sich die Partei zum Ziel gesetzt, sich vor allem unter der »Arbeiterklasse« und der Jugend als »alternative Kraft zu den Parteien des Großkapitals« darzustellen, den Stimmenanteil zu halten und auszubauen sowie neue Mitglieder und mehr Abonnenten für die Tageszeitung »UZ« zu gewinnen.

Seit dieser Konferenz sieht sich die DKP in einem permanenten Wahlkampf.

f 3

### *Teilnahme an der Europawahl*

Wie auf Bundesebene wird sich auch die DKP in Schleswig-Holstein an der Europawahl beteiligen.

## **Neue Linke**

a

### **Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)**

Der Kommunistische Bund Westdeutschland ist die stärkste Organisation im Bereich der dogmatischen Neuen Linken. Er bekennt sich zur maoistischen Variante des Marxismus-Leninismus und fordert den »bewaffneten Aufstand«, die Zerschlagung

des »bürgerlichen Staatsapparats« und den Aufbau einer von ihm nicht näher beschriebenen Form des Sozialismus.

Der KBW gliedert sich in drei Regionalverbände (Nord, Mitte und Süd), denen rund 40 Bezirksverbände nachgeordnet sind. Die beiden schleswig-holsteinischen Bezirksverbände (»Holstein« und »Flensburg/Westküste«) sind der Regionalleitung Nord in Hannover unterstellt. Sie befehligen 13 Ortsgruppen. Die Schwerpunkte liegen in Kiel, Flensburg und Norderstedt. Die Funktionäre des Zentralen Komitees üben umfassende Weisungsgewalt aus.

Die Parteizentrale befindet sich in einem sechsstöckigen, aus Spenden der Anhänger in Höhe von 2,7 Millionen DM finanzierten Haus in Frankfurt/Main. Die Regionalverbände und viele Bezirksverbände sind mit der Zentrale über ein modernes Nachrichten-Übermittlungssystem verbunden.

Der KBW bediente sich auch 1978 zur Umsetzung seiner politischen Arbeit verschiedener Nebenorganisationen, zum Beispiel der Soldaten- und Reservistenkomitees (SRK's), der Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe (GUV), des Kommunistischen Studentenbundes (KSB) – früher »Rote Zellen« –, ferner der von ihm unterwanderten Bürgerinitiativen und örtlichen Komitees.

Als Schwerpunkte der Arbeit des KBW im Jahre 1978 können insgesamt die von den SRK's ausgehenden Aktivitäten gegen die Bundeswehr und die Aktionen zur Unterstützung der rhodesischen Untergrundorganisation »ZANU« angesehen werden. Für die letztere Organisation wurden im gesamten Bundesgebiet trotz versagter behördlicher Genehmigungen öffentliche Sammlungen durchgeführt.

An der im März 1978 in Schleswig-Holstein durchgeführten Kommunalwahl beteiligte der KBW sich. Seine Kandidaten erreichten bei der Wahl jedoch nur 669 Stimmen. Damit ging der Stimmenanteil gegenüber der Bundestagswahl 1976 um die Hälfte zurück. Für das schlechte Wahlergebnis wurde die nicht ausreichende Arbeit der »Revolutionäre im Lande« verantwortlich gemacht. Der Wahlausgang führte zu einer längere Zeit andauernden Lähmung der Aktivitäten in Schleswig-Holstein.

Der Mitgliederrückgang brachte es mit sich, daß Aktivitäten des KBW zunehmend vom Funktionärsstamm selbst ausgehen. Im übrigen versucht die Partei, den weiteren Mitglieder-rückgang durch örtliche Umorganisation – Versetzung von Mitgliedern zum Aufbau neuer Zellen – aufzufangen.

Bei der Suche nach neuen Impulsen für die Agitation wirbt der KBW seit Mitte 1978 intensiv um Sympathien im Bereich der Landwirtschaft.

Gegenwärtig laufen die Arbeiten für die Beteiligung des KBW an der Landtagswahl in Schleswig-Holstein. Die Zentrale hat hierfür die Weisung gegeben, insbesondere die staatstragenden Parteien anzugreifen. Im Vordergrund der Thematik des Wahlkampfes müßten stehen:

- »Lohnbewegung,
- Arbeiterrechte,
- Kämpfe an Schulen und Hochschulen,
- Ausplünderung durch den Staat durch Steuerausgaben«.

#### **b** **Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten (KPD/ML)**

Die KPD/ML »kämpfte« auch 1978 für die »gewaltsame proletarische Re-

volution« und für ein »vereintes, unabhängiges sozialistisches Deutschland«. Obwohl sie die freiheitliche demokratische Grundordnung offen ablehnt, tarnt sie ihre nach dem Muster der kommunistischen Bündnispolitik durchgeführten Vorhaben und tritt nicht unter ihrem Parteinamen auf.

Nachdem die Partei sich seit ihrer Gründung im Jahre 1968 von den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao tse Tung und Enver Hoxha (Führer der KP Albanien) hatte leiten lassen, wird Mao tse Tung seit der politischen und wirtschaftlichen Trennung Chinas und Albanien im Jahre 1978 als Klassiker des Marxismus-Leninismus abgelehnt.

Diese ideologische Kehrtwendung konnte den Anhängern der KPD/ML nicht plausibel erläutert werden. Die Partei geriet dadurch in Schwierigkeiten.

Die KPD/ML gliedert sich in die Sektionen »Deutsche Bundesrepublik«, Westberlin und DDR. Die Sektion »Deutsche Bundesrepublik« ist in drei Landesverbände Nord, Mitte und Süd unterteilt. In Schleswig-Holstein unterhält die KPD/ML den Kreisverband Kiel sowie Ortsgruppen und Stützpunkte mit den Schwerpunkten in Kiel und Lübeck.

Zu ihren Nebenorganisationen gehören die Jugend- und Studentenorganisation Rote Garde und die Kinderorganisation Rote Pioniere. Außerdem nutzt sie für ihre Parteilarbeit mehrere von ihr gegründete Vereine, zum Beispiel die Rote Hilfe Deutschlands und die Gesellschaft der Freunde Albanien e. V. sowie verschiedene Initiativgruppen, wie die 1978 bundesweit gegründete Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) und die ebenfalls seit 1978 bestehende Revolutionäre Landvolkbewegung.

Mit der Revolutionären Gewerkschaftsopposition versucht die Partei, in den Betriebsräten Einfluß und Stimmen zu gewinnen. Die Betriebsratswahlen im Frühjahr 1978 brachten Erfolge bei den Kieler Unternehmen HDW (17,5 % der Stimmen, 3 Mitglieder im Betriebsrat) und Elac-Honeywell GmbH (2 von 5 Betriebsratsmitgliedern gehören der KPD/ML an).

Verschiedene öffentliche Veranstaltungen der Revolutionären Landvolkbewegung fanden hingegen bei der Bevölkerung keine Beachtung.

Wie auch die anderen K-Gruppen hat die KPD/ML aktuelle Vorkommnisse (z. B. NATO-Manöver und Arbeitskämpfe in der Stahlindustrie) zum Anlaß von Flugblattaktionen gewählt. Diese fanden bei der Bevölkerung jedoch ebensowenig Resonanz wie die Aktionen der Revolutionären Landvolkbewegung.

Die ausbleibenden Erfolge und die ideologischen Schwierigkeiten verursachten 1978 in der Partei eine Führungskrise, die Ende des Jahres auf einem um zwei Jahre vorverlegten Parteitag behoben wurde. Einer der beiden Stellvertretenden Vorsitzenden wurde dabei aus der Partei gewiesen.

### **c**

#### **Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)**

Das Ziel der KPD ist es, durch die bewaffnete Revolution den Umsturz der »Bourgeoisie« herbeizuführen und die »Diktatur des Proletariats« zu errichten.

Im Gegensatz zur KPD/ML hält sie konsequent am Maoismus fest und akzeptiert gleichzeitig jede politische Veränderung innerhalb der neuen chinesischen Regierung. Wie schon im Vorjahr reisten auch 1978 Delegationen der KPD und des KPD-Verlages »Rote Fahne« nach China; eine Dele-

gation wurde vom Vorsitzenden der KP China, Hua Guofeng, empfangen.

Die KPD verfügt über 6 Regionalkomitees, darunter das Komitee Wasserkante. Diesen sind Ortsleitungen nachgeordnet, unter deren Befehlsgewalt wiederum Zellen arbeiten.

Nebenorganisationen sind u. a. der Kommunistische Jugendverband Deutschlands, der Kommunistische Studentenverband, die Vereinigung Sozialistischer Kulturschaffender, der Bund Sozialistischer Lehrer und Erzieher und die Rote Hilfe e. V., bei der sich allerdings Auflösungstendenzen bemerkbar machen.

Im Vergleich zum KBW und zur KPD/ML hat die KPD im norddeutschen Raum am meisten unter der Verunsicherung innerhalb der maoistischen Organisation gelitten.

Sie hat ihre frühere bedeutende Position unter den K-Gruppen verloren und beklagt ihre fehlende Verankerung in den Massen. In Schleswig-Holstein ist sie zuletzt während der Betriebsratswahlen im Frühjahr 1978 in Erscheinung getreten.

### **d**

#### **Kommunistischer Bund (KB)**

Der Kommunistische Bund ist von allen marxistischen Organisationen am wenigsten dogmatisch ausgerichtet. Er hat kein Programm. In seinem Statut fordert er die Zerschlagung des Staatsapparates. Gewaltanwendung ist für ihn lediglich eine Frage taktischer Erfordernisse.

Wie die anderen marxistischen Organisationen war auch der KB 1978 von einer inneren Krise gekennzeichnet. Sie hatte eine teilweise Lähmung der Aktivitäten und Führungslosigkeit in den Ortsgruppen, vermehrte Mitgliederaustritte bis zur Auflösung ganzer Ortsgruppen sowie rückläufige

Verkaufszahlen beim Zentralorgan »Arbeiterkampf« als Folge. Abgegangene und ausgeschlossene Mitglieder wechselten häufig in Kreise undogmatischer Linker über.

Der KB bemühte sich seit Sommer 1978 in einer offen geführten Diskussion – »Wie geht es weiter im KB?« –, einen Ausweg aus seinen internen Schwierigkeiten zu finden. Eine Wende erhofft sich der KB von seinem ersten, für Pfingsten 1979 geplanten Kongreß, auf dem ein neues Statut sowie programmatische Resolutionen und Thesenpapiere zu grundlegenden Fragen verabschiedet werden sollen. Auf diesem Kongreß sollen erstmals auch die Leitungsgremien des KB gewählt werden, die bisher lediglich kopiert wurden.

Die eigenen inneren Schwierigkeiten werden vom KB nicht als ein internes Problem, sondern als eine Krise angesehen, »die derzeit die gesamte Neue Linke in Westeuropa durchmacht«. Wesentliche Schwerpunkte seiner politischen Aktivitäten waren 1978 die Mitarbeit in zahlreichen Bürgerinitiativen und Basisgruppen, seine »Antifaschismusarbeit« und die Unterstützung des RUSSELL-Tribunals. Bei seiner Arbeit in den Bürgerinitiativen und Basisgruppen tritt der KB nach wie vor nicht offen auf.

In Schleswig-Holstein war der KB in erster Linie bemüht, über ihm nahestehende Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen Einfluß auf die im Mai 1978 in Rendsburg gegründete Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLS) zu gewinnen. Die Unterwanderungsversuche des KB führten im September 1978 zur Spaltung der GLS und zur Gründung zweier Verbände, der Grünen Liste Schleswig-Holstein e. V. und der Liste für Demokratie und Umweltschutz, die dem KB nahesteht.

1978 initiierte der KB nur wenige gewaltsame Aktionen. Sie waren hauptsächlich gegen Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen, wie NPD und Junge Nationaldemokraten, gerichtet.

### **e** **Die Situation der K-Gruppen an den Hochschulen**

Das Jahr 1978 verlief an den schleswig-holsteinischen Hochschulen ohne spektakuläre Ereignisse. Nachdem in den letzten Jahren bereits die orthodoxen studentischen Gruppierungen (MSB-Spartakus und Sozialistischer Hochschulbund) an Einfluß verloren hatten, ist mit der schwindenden Bedeutung der dem KBW zuzurechnenden Roten Zellen, die sich inzwischen Kommunistischer Studentenbund (KSB) nennen, nunmehr auch der Einfluß der K-Gruppen auf die Studentenschaft erheblich gesunken. Die Erkenntnisse aus allgemein zugänglichen Quellen lassen den Schluß zu, daß die Studentebewegung nunmehr in die Nähe des Ausgangspunktes zurückkehrt, von dem aus vor rund 10 Jahren der SDS mit seiner radikal-demokratischen Zielsetzung die emanzipatorische Jugendrevolte begonnen hatte.

Im Jahr 1978 waren an den Hochschulen des Landes folgende extremistische Studentenorganisationen aktiv:

- Kommunistischer Studentenbund (vormals Rote Zellen Kiel), ca. 30 Mitglieder;
- Sozialistischer Hochschulbund (Initiativgruppen in Kiel und Lübeck), ca. 10 Mitglieder;
- MSB-Spartakus (Uni-Gruppe an der Christian-Albrechts-Universität, ca. 60 Mitglieder, einzelne Mitglieder an allen Hochschulen), insgesamt ca. 80 Mitglieder;

- Kommunistischer Bund/Sozialistischer Studentenbund (eine Hochschulgruppe des KB mit dem Namen Sozialistischer Studentenbund besteht an der Pädagogischen Hochschule in Flensburg, Einzelmitglieder sind in Kiel und Lübeck aktiv), ca. 25 Mitglieder bzw. Sympathisanten;
- Rote Garde (Studentenzellen), Studentenzellen in Kiel und Lübeck mit ca. 20 Mitgliedern;
- Kommunistischer Studentenverband (KSV), Aktivitäten des KSV wurden nicht mehr beobachtet;
- Sozialistisches Büro (SB Hochschulgruppe), befindet sich noch in der Konsolidierungsphase, ca. 10 Mitglieder.

Erfolgreichste extremistische Organisation bei den Wahlen zum Studentenparlament der Christian-Albrechts-Universität Kiel im Jahre 1978 war die Fachschaftsgruppenliste, ein Bündnis aus Undogmaten, Kommunistischem Bund und Roten Zellen. Es folgte die Liste »Go in«, eine gewerkschaftlich orientierte Initiative, in der der MSB-Spartakus, der Sozialistische Hochschulbund und einige Jungsozialisten organisiert sind. Bei einer einheitlichen linken Liste hätte das Stimmenpotential zur Mehrheit im Studentenparlament und zur AStA-Bildung ausgereicht.

Die im Februar durchgeführten Wahlen des Jahres 1979 brachten ein ähnliches Ergebnis. Auch hier hätte eine einheitliche Liste Mehrheiten gefunden. Nach gescheiterten Bündnisverhandlungen waren stattdessen sogar drei linksextremistisch beeinflusste Listen zur Wahl angetreten. Neben der »Go-in«-Liste ergab sich durch die Spaltung der Fachschaftsgruppen in Basis-Grüpler (Undogmaten, KB- und SB-Anhänger) und die

Liste »Programm der Fachschaftsgruppen« (KSB-Anhänger) eine weitere Schwächung.

#### **f** **Die Einstellung der K-Gruppen zur Umweltschutzbewegung\*)**

Die Gruppen der Neuen Linken haben sich – ähnlich wie orthodoxe Kommunisten – schon frühzeitig mit den Fragen auseinandergesetzt, die sich für sie aus der Bildung neuer Umweltschutzorganisationen ergaben.

In der aktivsten Phase der Bürgerinitiativ-Bewegung gegen Kernkraftwerke, also in den Jahren 1976 und 1977, hatten sich alle K-Gruppen darum bemüht, die Initiativen in ihrem Sinne umzufunktionieren. Darüber hinaus haben sie eigene Initiativen gegründet.

Von dem Zeitpunkt an, als die Umweltschutzbewegung sich in Richtung auf eine parlamentarische Mitarbeit ausweitete und entsprechend organisierte, kamen die K-Gruppen zu einer anderen Bewertung. Soweit sie sich selbst als Wahlparteien verstehen (dies tun der KBW, die KPD und die KPD/ML), lehnten sie diese Entwicklung übereinstimmend als »systemstabilisierend« ab. So meinte der KBW, die Grünen Listen lenkten »von der bestehenden Gesellschaftsformation und der Klassenspaltung« ab; daraus folge, »daß sie in ihrem ganzen Programm niemals zur radikalen Umwälzung des Bestehenden aufrufen« könnten.

Die KPD/ML nimmt für sich in Anspruch, daß die Umweltschutzthematik nur innerhalb der »Arbeiterbewe-

\*) Die nachfolgenden Ausführungen beruhen auf Erkenntnissen, die aus allgemein zugänglichen Quellen und aus der Beobachtung der Bestrebungen von K-Gruppen gewonnen wurden. Bürgerinitiativen und »Grüne Listen« unterliegen grundsätzlich nicht der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

gung« und folglich ausschließlich von dieser Partei erfolgreich bewältigt werden könne (den gleichen Anspruch erhebt übrigens die DKP, die den »rechtskonservativen Kräften, Maoisten und Anarchisten« vorwirft, die nach ihrer Auffassung berechtigten Bürgerproteste zu mißbrauchen).

Der KB versteht sich hingegen nicht als Wahlpartei. Dementsprechend verfolgt er eine andere Taktik, die auf Unterwanderung bestehender Initiativen hinausläuft. Bereits zur Kommunalwahl in Schleswig-Holstein im März 1978 versuchte er, Einfluß auf die Kandidatenaufstellung der Grünen Liste in den Kreisen Pinneberg und Nordfriesland zu nehmen. Dies gelang ihm jedoch nicht.

Dagegen können die vergleichsweise respektablen Ergebnisse des »Wehrt-Euch«-Bündnisses bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg im wesentlichen auf die Tätigkeit von Aktivisten des KB, der in Hamburg seine Hochburg hat, zurückgeführt werden.

Die KPD schließlich nimmt zögernd und halbherzig Partei für die Grünen Listen. Sie rügte beispielsweise, daß »auf Betreiben des KB in des GLH-Programm (Anmerkung: Programm der Grünen Liste Hessen zur Landtagswahl in Hessen am 8. Oktober 1978) eine Verurteilung der politischen Unterdrückung in der DDR nicht aufgenommen« worden sei.

Seit der Gründung des Landesverbandes Grüne Liste Schleswig-Holstein am 21. Mai 1978 in Rendsburg bemüht sich der KB intensiv darum, Einfluß auf diesen Umweltschutzverband zu gewinnen. Versuche von (z. T. aus Hamburg angereisten) Mitgliedern des KB, die Gründungsveranstaltung in ihrem Sinne zu beeinflussen und umzufunktionieren, scheiterten. Im Mittelpunkt der Gründungsveranstal-

tung stand die Streitfrage, ob der Landesverband eine Unvereinbarkeitsklausel in seine Satzung aufnehmen sollte des Inhalts, daß Mitgliedschaften in anderen Parteien unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Grünen Liste Schleswig-Holstein seien. Gegen eine solche Klausel plädierten Anhänger des KB. Die Delegierten dieser Veranstaltung verabschiedeten jedoch die Klausel mit 32 Stimmen gegen 31 Stimmen aus dem Lager des KB.

Im Juli 1978 beschloß der Landesvorstand der Grünen Liste Schleswig-Holstein eine Interpretation der Unvereinbarkeitsklausel. Darin wurde der KB als politische Kadergruppe ausdrücklich von einer Mitarbeit in der Grünen Liste Schleswig-Holstein ausgeschlossen.

Gegen die Unvereinbarkeitsklausel sprachen sich insgesamt acht der neugegründeten Kreisverbände sowie zwei »Initiativkreise für eine Grüne Liste«, Lübeck und Norderstedt, die offenbar dem KB nahestehen, aus. Daraufhin lehnte der Landesverband der Grünen Liste Schleswig-Holstein die Aufnahme der acht Kreisverbände (Stormarn, Lauenburg, Bad Segeberg, Kiel, Neumünster, Pinneberg, Rendsburg/Eckernförde, Flensburg/Stadt) ab und empfahl ihnen die Gründung eines eigenen Verbandes.

Der KB sprach sich daraufhin für ein selbständiges weiteres Vorgehen der Kreisverbände und die Gründung eines eigenen Verbandes aus.

Diese Neugründung erfolgte auf einem Kongreß am 5. November 1978 in Kiel. Der Verband gab sich den Namen Liste für Demokratie und Umweltschutz (LDU). Hierzu heißt es in einer Erklärung:

»Der Tatbestand der Spaltung mindert die Erfolgsaussichten einer alternativen Kandidatur erheblich, und wir

wollen auch realistisch feststellen, daß die »Grüne Liste« – Kreisverbände und mit ihr verbundenen Basisinitiativen – aus unserer Sicht heute noch zu schwach sind, um dieses Manko auszugleichen. Hessen weist (wegen der Aufspaltung der dortigen Grünen Listen) erhebliche Parallelen zu Schleswig-Holstein auf.«

Konsequenterweise verzichtete die LDU auf eine Beteiligung an der Landtagswahl in Schleswig-Holstein.

## **g** **Der Terrorismus und sein Umfeld**

Die Rote Armee Fraktion (RAF) hat die Serie schwerster Anschläge des Jahres 1977 nicht wiederholen können. Sie ist durch weitere Festnahmen zunächst personell geschwächt worden. Diese Lücke dürfte jedoch durch weitere in den Untergrund abgetauchte Personen aufgefüllt worden sein. Die Zahl der mit Haftbefehl Gesuchten belief sich Ende des Jahres 1978 auf 45 Personen. Aufgrund von Hinweisen – zum Teil aus der Bevölkerung – konnten eine Reihe von konspirativ genutzten Wohnungen ausgehoben und die Logistik der Terroristen empfindlich gestört werden. Zugleich zeigten jedoch einige Aktivitäten, so zum Beispiel die Erkundungsflüge mit Hubschraubern, daß die Nachfolger der RAF weiterhin versuchten, die einmal gesteckten Ziele zu verwirklichen. Dabei wird das Ausland, wie einige Festnahmen zeigen, als Ruheraum zum Zwecke der Konsolidierung benutzt.

Die Revolutionären Zellen (RZ), die als terroristische Gruppierungen seit 1973 aktiv sind und für eine Reihe schwerster Sprengstoff- und Brandanschläge verantwortlich zeichnen, haben ihre Aktionen fortgesetzt. Berlin, das Rhein-Main-Gebiet und Hessen waren Schwerpunkte der Anschläge.

Von der RAF unterscheiden sich die RZ unter anderem dadurch, daß sie mit ihren Anschlägen an aktuelle politische Diskussionen und Forderungen anknüpfen, um dadurch eine möglichst breite Zustimmung zu der jeweiligen Form der Gewaltanwendung innerhalb der Bevölkerung zu erreichen. Unter diesem Aspekt versuchen sie auch, Teile der Anti-KKW-Bewegung für ihre Ziele zu gewinnen.

So veröffentlichten die RZ zu einem Brandanschlag auf ein Verwaltungsgebäude der Nordwestdeutschen Kraftwerke in Lübeck im Juli 1978 ein Flugblatt mit der Aufforderung, nicht nur »rumzusitzen und zu debattieren«. Die »Widerstandsbewegung« dürfe sich den Kampf gegen die »lebensvernichtenden Atomanlagen« nicht von den »Herrschenden« vorschreiben lassen.

Verschiedene Anschläge gegen Einrichtungen der Stromversorgung im Bundesgebiet lassen erkennen, daß kleinere Gruppierungen oder Einzelpersonen die Forderung der RZ nach Aktionen in die Tat umgesetzt haben.

In Schleswig-Holstein waren im Jahre 1978 insgesamt sechs Anschläge von Revolutionären Zellen oder verwandten Gruppierungen zu verzeichnen:

Am 5. Mai wurde auf das Amtsgericht in Rendsburg ein Brandanschlag verübt.

Am 20. Juli wurde auf einer Baustelle der NWK an der Bundesstraße 431 eine Baumaschine in Brand gesetzt.

In der Nacht zum 21. Juli schleuderten Unbekannte in das Verwaltungsgebäude der NWK in Lübeck einen Brandsatz. Zugleich wurden Anti-KKW-Parolen gesprüht.

Am 11. September konnte auf einem Stand der Schleswig auf der »NORLA« ein Brandsatz sichergestellt

werden, der nicht gezündet hatte.

Am 19. Oktober wurde am Gerichtsgebäude in Lübeck ein Brandsatz gelegt, der allerdings nicht zur Entzündung kam.

Am 24. November wurde eine vom Kernkraftwerk Krümmel nach Hamburg führende Freileitung zerstört. Verantwortlich hierfür zeichnete eine »Arbeitsgruppe Praktische Entspannung«.

Um die im Untergrund operierenden terroristischen Kader hat sich eine Unterstützerszene formiert, die »im offenen politischen Kampf« die Ziele terroristischer Gruppierungen unterstützt. Solche Gruppen treten als »Antifaschistische Gruppe« sowie, als »Schwarze Hilfe« auf. Sie unterstützen den Terrorismus aktiv oder durch Verbreitung entsprechenden Gedankenguts. Daneben widmen sich eine Reihe sogenannter Knastgruppen besonders den inhaftierten Terroristen. Neben gemäßigten Organisationen dieser Art bestehen militanten Gruppen, die den Einsatz von Gewalt für gerechtfertigt halten.

---

Sicherheits-  
gefährdende  
Bestrebungen von  
Ausländern in  
Schleswig-Holstein  
1978

D

## Die Situation des Ausländer-Extremismus

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland gehen maßgeblich von linksextremistischen, von sozialrevolutionären und von nationalistischen ausländischen Gruppen aus, die Gewalt als Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele propagieren. Vorwiegend handelt es sich dabei um palästinensische, iranische, türkische und kroatische Vereinigungen, die – mit Ausnahme der kroatischen Nationalisten – von ideologisch verwandten deutschen Extremisten zunehmend Unterstützung erhalten. Dies führte oft zu parallelen oder gemeinsamen Aktionen.

Die Bedrohung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch arabische, insbesondere palästinensische Gruppen hat sich durch die ägyptisch-israelischen Friedensverhandlungen erhöht. Sie wurde deutlich in blutigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der sogenannten Ablehnungsfront\*) und rivalisierenden Gruppen der Befreiungsorganisation PLO. Die besondere Gefahr, die von palästinensischen Gruppen ausgeht, liegt in der möglichen Unterstützung mobiler, grenzüberschreitender Kommandos durch hier ansässige Sympathisanten und in der zunehmenden Kooperation palästinensischer, deutscher und ausländischer Terroristen.

Auch muß aufgrund der instabilen innenpolitischen Verhältnisse in der Türkei und der Verschärfung der dortigen politischen Auseinandersetzungen mit einer Verstärkung des politischen Kampfes rivalisierender Türken

\*) vgl. Seite 39 Ziffer a 1

in der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden.

Vor dem Hintergrund der Aktivitäten gewalttätiger ausländischer Gruppierungen erscheinen die Gefahren, die von orthodox-kommunistischen Ausländer-Organisationen ausgehen können, gering. Es ist jedoch zu befürchten, daß es diesen auf längere Sicht gelingen wird, bisher politisch neutrale und gemäßigte ausländische Arbeitnehmer zu radikalisieren. Diese Gefahr dürfte steigen, wenn sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland weiter verschärfen sollte und wenn von Ausländergruppen geforderte gesellschaftspolitische Maßnahmen zur Verbesserung und Sicherung des rechtlichen und sozialen Status von Ausländern nicht erfüllt werden.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern sind in Schleswig-Holstein Gefahren durch extremistische Aktivitäten von Ausländern gering. Bedeutsame extremistische Aktivitäten waren im Jahre 1978 nicht festzustellen. Dies hängt mit der wirtschaftsgeographischen Lage unseres Landes zusammen, die einen relativ geringen ausländischen Bevölkerungsanteil (2,9 %) zur Folge hat.

## Extremistische Ausländergruppen in der Bundesrepublik Deutschland

Die extremistischen Ausländergruppen in der Bundesrepublik Deutschland waren, wie auch in den Vorjahren, ständigen Veränderungen unterworfen. Neue Zusammenschlüsse entstanden, andere lösten sich auf. In einigen bestehenden Vereinigungen

ließ der extremistische Einfluß nach oder verschwand.

Ende des Jahres 1978 bestanden im Bundesgebiet insgesamt knapp 150 extremistische Ausländervereinigungen mit ca. 1.200 örtlichen Zweiggruppen (in Schleswig-Holstein etwa 20 Vereinigungen mit rund 30 örtlichen Zweiggruppen). Davon sind etwa 30 orthodox- bzw. nationalkommunistisch; 90 bis 100 sind der ausländischen Neuen Linken bzw. nationalen Befreiungsbewegungen mit sozialrevolutionärer Tendenz zuzurechnen und 20 rechtsextremistisch bzw. nationalistisch orientiert. Exakte Mitgliederzahlen stehen nicht zur Verfügung.

**a**

### **Die Ausländergruppen mit Tendenzen zur Gewaltanwendung**

a 1

#### *Araber/Palästinenser*

Arabische Gruppen im Bundesgebiet tendieren zunehmend zu der insbesondere im Irak unterstützten Ablehnungsfront. Mit diesem Begriff werden diejenigen Gruppen innerhalb der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) bezeichnet, die eine friedliche Lösung im Nahen Osten ablehnen und den »bewaffneten Kampf« gegen Israel und gegen die in der Palästinafrage verhandlungsbereiten arabischen Staaten fordern.

Die in Kiel bestehenden Zweiggruppen der Generalunion Arabischer Studenten (GUAS) und der Palästinensischen Studentenvereinigung (PSV) warben in Flugblättern für den »Befreiungskampf« des palästinensischen Volkes unter Führung der PLO. Sie ließen aber im übrigen keine besonderen Aktivitäten erkennen.

a 2

#### *Iraner*

Die linksextremistischen Organisationen Conföderation Iranischer Studenten – Nationalunion (CISNU) und die Conföderation Iranischer Studenten (CIS) sind in Zweiggruppen auch an der Universität Kiel organisiert. Sie hatten 1978 tatkräftig auf den Sturz der iranischen Monarchie hingearbeitet. Sie propagieren darüber hinaus den Kampf gegen den »Weltimperialismus«, den sie vor allem durch die USA verkörpert sehen.

Die CISNU trat im November 1978 in das Blickfeld der Öffentlichkeit, als während einer von ihr veranstalteten Demonstration in Frankfurt/Main mit rund 7.000 Teilnehmern, darunter auch iranische Studenten aus Kiel, 140 Polizeibeamte verletzt wurden.

Die CIS lehnt im gegenwärtigen Zeitpunkt Gewalt ab. Zum Jahresende 1978 entsandte die CIS einige ihrer Mitglieder, auch aus Kiel, in den Iran, wo sie mit der oppositionellen Nationalen Front zusammenarbeiten.

An der Universität Kiel besteht noch eine dritte iranische Studentengruppe. Diese wird der Union der islamischen Studentenvereine in Europa (U. I.S.A.) zugerechnet. Sie vertritt die ideologische Linie des Schiitenführers Khomeini.

a 3

#### *Türken*

Zu Beginn des vergangenen Jahres wurde der maoistische türkische Dachverband Föderation Türkischer Volksvereinigungen in Europa (HBF) gegründet. Wichtigste Gruppe der türkischen Neuen Linken in der Bundesrepublik Deutschland ist die maoi-

stisch-terroristische Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten (TKP/ML).

Sie übt maßgeblichen Einfluß auf die maoistische Studenten-Föderation der Türkei in Deutschland e. V. (ATÖF) und auf die Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V. (ATIF) aus.

In Schleswig-Holstein wurden bisher nur Einzelaktivitäten türkischer Maoisten festgestellt. Dennoch sollte die Möglichkeit nicht unterschätzt werden, daß türkische Maoisten bei bestimmten politischen Anlässen zahlreiche Landsleute und auch deutsche Linksextremisten für ihre Ziele zu mobilisieren verstehen. Türkische und deutsche Maoisten unterstützen sich häufig auch gegenseitig. So wählten bei den HDW-Betriebsratswahlen im April 1978 türkische Arbeitnehmer in Kiel die von der KPD/ML aufgestellte und auch von der KPD unterstützte ROTE LISTE der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)\*). Diese erzielte daraufhin 17,5 % der Stimmen.

## **b** **Ausländische orthodoxe Kommunisten**

### **b 1** **Türken**

Der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) gelang es, ihre Massenbasis in der von ihr beeinflussten Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik Deutschland e. V. (FIDEF) zu vergrößern. Die FIDEF ist die zweitgrößte türkische Gastarbeiterorganisation im Bundesgebiet.

In Schleswig-Holstein arbeiten der Verein der Arbeiter aus der Türkei in Neumünster und der Solidaritätsverein

der Türkischen Arbeiter in Lübeck im Sinne der FIDEF. Sie selbst bezeichnen sie als antiimperialistisch, antifaschistisch und antimaoistisch. Sie unterhalten Kontakte zur DKP und zur SDAJ.

### **b 2** **Sonstige**

Die im Bundesgebiet bestehenden Gliederungen der kommunistischen Parteien Griechenlands (KKE), Italiens (PCI) und Spaniens (PCE) haben in Schleswig-Holstein bisher keine nennenswerte Rolle gespielt.

## **c** **Rechtsextremistische und nationalistische Ausländer- Organisationen**

Die türkische Partei der Nationalen Bewegung (MHP) hat ihre politische Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland 1978 verstärkt. Ihr nahestehende Vereine gründeten zu Beginn des vergangenen Jahres den Dachverband Föderation Demokratischer Türkischer Idealistenvereine in Europa (ADÜTDF). Er ist die derzeit größte Gastarbeiter-Organisation im Bundesgebiet. Ihm werden die Türkischen Gemeinschaften in Kiel, Lübeck und Neumünster zugerechnet.

Spektakuläre Presseberichte über Gewaltakte der Grauen Wölfe – Jugendorganisation der MHP – gegen politische Gegner hielten nach bisherigen Ermittlungen der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder Nachprüfungen nicht stand. Eindeutig den Grauen Wölfen zuzurechnende gewalttätige Aktivitäten wurden weder in Schleswig-Holstein noch in anderen Bundesländern festgestellt.

\*) vgl. Seiten 30/31

---

# Spionageabwehr in Schleswig-Holstein 1978

**E**

## Allgemeine Erfahrungen

Schleswig-Holstein ist für Nachrichtendienste der Ostblockstaaten nach wie vor interessant. Die Aktivitäten dieser Dienste haben sich auch 1978 nicht vermindert. Sie richteten sich vorwiegend gegen politische, wirtschaftliche und militärische Ziele.

Aus der Sicht der Ostblockstaaten dient Spionage nicht allein der Gewinnung von Informationen. Sie ist zugleich Teil des Kampfes gegen die freiheitlichen Demokratien. Der Minister für Staatssicherheit der DDR, Erich MIELKE, hob im Oktober 1978 vor Propagandisten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) den Klassenauftrag der »Tschekisten der DDR« hervor und forderte, die Kommunisten im MfS müßten sich auf die wachsenden Anforderungen einstellen, »die sich... aus der Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus für die Arbeit des MfS ergeben«.

Mit dieser doppelten Aufgabe – Gewinnung von Informationen und Kampf gegen die freiheitlichen Demokratien – ist auch die Ostblockspionage auf das Ziel der Erringung der kommunistischen Weltherrschaft ausgerichtet. Die Spionageabwehr des Verfassungsschutzes dient somit nicht nur der Verhinderung von Straftaten des Landesverrats und damit dem Schutz der äußeren Sicherheit, sondern ebenso der Bewahrung unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Die Ostblockstaaten messen der Spionagetätigkeit ihrer Nachrichtendienste eine große Bedeutung bei. Die Dienste haben fast unbegrenzte personelle und finanzielle Mittel. Verluste infolge rigoroser und risikoreicher Agentenföhrung nehmen sie in Kauf.

Das verursacht bei den meisten für die Agentenföhrung verantwortlichen Vorgesetzten jedoch wenig Gewissensbisse. Denn die Strafen, die in der Bundesrepublik Deutschland für Spionagetätigkeit ausgesprochen werden, sind gering, gemessen an den Strafen im Ostblock. In der Bundesrepublik Deutschland werden selbst Spitzenagenten selten zu mehr als 8–14 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. In der DDR hingegen werden für Spionage grundsätzlich langjährige Freiheitsstrafen verhängt, in Ausnahmefällen auch die Todesstrafe. Diese Strafdrohungen gelten auch für die Mitarbeiter der Spionageabwehr der Bundesrepublik Deutschland, soweit diese mit Hilfe von »umgedrehten« Agenten die Nachrichtendienste der DDR und ihre Arbeitsweise aufklären, um damit Ansätze für weitere Abwehrmaßnahmen zu gewinnen.

Die Kompetenzen der Nachrichtendienste eines totalitären Staatswesens unterscheiden sich wesentlich von den Kompetenzen von Nachrichtendiensten eines freiheitlich-demokratischen Staates. Im Gegensatz zu den in den freiheitlichen Rechtsstaat eingebundenen Nachrichtendiensten der Bundesrepublik Deutschland sind die Nachrichtendienste der DDR keinerlei Schranken unterworfen. Insbesondere gibt es dort keine klare Trennung zwischen polizeilich-exekutiven und nachrichtendienstlichen Befugnissen. So unterhalten die Nachrichtendienste der DDR beispielsweise eigene Untersuchungsanstalten; auch dürfen sie Vernehmungen vornehmen und Verdächtige ohne richterlichen Beschluß inhaftieren. Das Ansehen, das Mitarbeiter östlicher Nachrichtendienste genießen und ihr Selbstverständnis prägt, ergibt sich zum Beispiel aus dem Rechenschaftsbericht des Polit-

büros der SED an das Zentralkomitee vom Dezember 1978, in dem es mit Bezug auf die »vorbildliche Erfüllung« der Aufgaben durch die »Schutz- und Sicherheitsorgane« heißt:

»Die Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit erfüllen hingebungsvoll und in Ehren den ihnen von der Partei übertragenen Klassenauftrag zur Gewährleistung der staatlichen Sicherheit und zur Vereitelung aller subversiven Machenschaften des Gegners.«

Gleichbleibende, nur zum Teil bekanntwerdende Abwehrerfolge zeigen jedoch, daß die in eine freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie eingebundene Spionageabwehr den Nachrichtendiensten des Ostblocks letztlich überlegen ist.

## Erkannte Fälle von Ostblockspionage

Um gegnerischen Nachrichtendiensten keinen Einblick in den Umfang von Abwehrerfolgen zu geben, kann keine Spionageabwehr exakte Zahlen über aufgeklärte Fälle geben noch ihre Suchmethoden und Arbeitsweisen bekanntgeben. Deshalb können »Bilanzen« der Spionageabwehr freiheitlicher Demokratien nur Tendenzen beschreiben.

Die Zahl der Spionageverdachtsfälle in Schleswig-Holstein ist im Jahre 1978 gegenüber dem Vorjahr um ein Viertel gestiegen. Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich die Zahl dieser Fälle fast verdoppelt.

In rund 45 % der 1978 angefallenen Verdachtsfälle gehörten die angesprochenen Personen dem Bereich Politik und Verwaltung mit dem Schwerpunkt Sicherheitsbehörden an. In 25 % der Fälle richtete sich die Spionagetätig-

keit gegen Bereiche der Wirtschaft, in 20 % der Fälle gegen die Bundeswehr. Unberücksichtigt sind hierbei die vom Militärischen Abschirmdienst (MAD) erkannten Werbungsversuche gegen Soldaten und zivile Mitarbeiter der Bundeswehr.

In drei von jeweils vier Fällen gingen die Spionageaktivitäten von Nachrichtendiensten der DDR aus. Hinsichtlich der Häufigkeit folgen sowjetische, polnische und andere Ostblockdienste.

Drei Bürger des Landes wurden im Berichtszeitraum wegen geheimdienstlicher Tätigkeit verurteilt.

## Anwerbungsmethoden

Zwei von jeweils drei vom Staatssicherheitsdienst der DDR angesprochenen schleswig-holsteinischen Bürgern kamen während DDR-Reisen mit diesem Dienst in Berührung. Anlaß für Kontaktaufnahmen waren vor allem Verwandtenbesuche. Hierbei wertete das MfS penibel den vor Einreise in die DDR auszufüllenden »Antrag auf Einreise in die DDR« aus, in dem auch detaillierte Angaben über den erlernten Beruf, die ausgeübte Tätigkeit und die Arbeitsstelle gemacht werden müssen. Deshalb ist es kein Zufall, wenn vom MfS vor allem Mitarbeiter von Behörden sowie Angehörige von Betrieben mit geheimzuhaltender Fertigung und anderer sicherheitsempfindlicher Bereiche angesprochen wurden.

Bei den ersten Kontaktaufnahmen verschleiern die Beauftragten des MfS in der Regel ihre nachrichtendienstliche Absicht. Vielmehr erklären sie beispielsweise, sie seien Mitarbeiter des »Instituts für Gesellschaftswissenschaften« oder des »Instituts für politische Forschungsarbeiten«. Oft geben sie auch vor, an Personen aus der

Bundesrepublik Deutschland interessiert zu sein, die bereit seien, »auf Honorarbasis an einem deutsch-sowjetischen Forschungsprojekt mitzuarbeiten«.

Erscheint dem Mitarbeiter des MfS die erste Kontaktaufnahme erfolgversprechend, wird die Zielperson erneut in die DDR oder nach Ostberlin eingeladen. Bei Rundfahrten und Besichtigungen wird der Kontakt vertieft. Oftmals wird das vertrauliche »Du« angeboten. Fast beiläufig wird die Zielperson um die Erledigung »kleinerer Gefälligkeiten« gebeten, bei denen es sich regelmäßig schon um Verstrickungsaufträge handelt. Mit der Reise verbundene Aufwendungen werden großzügig erstattet. Dabei wird Wert auf eine Quittung gelegt, mit der die Zielperson dann später erpreßt werden kann.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen jedoch, daß die Agentenwerber des MfS ihre Versuche aufgeben, wenn die Zielperson standhaft bleibt und zum Beispiel erklärt, der »Institutsangehörige« könne sich mit seinen Wünschen an eine offizielle Stelle in

der Bundesrepublik Deutschland wenden.

### **Straffreiheit bei rechtzeitiger Offenbarung**

Der freiheitliche demokratische Rechtsstaat bietet jedoch auch Bürgern, die unter dem Zwang der Verhältnisse in eine nachrichtendienstliche Verstrickung geraten sind, die Möglichkeit, sich aus dieser Zwangslage zu lösen, ohne Strafe befürchten zu müssen. Unter bestimmten Voraussetzungen können die Gerichte von Strafe, der Generalbundesanwalt von der Verfolgung absehen. Es kommt hinzu, daß die Verfassungsschutzbehörden nicht in jedem Fall verpflichtet sind, ihre Erkenntnisse aus einer Offenbarung an die Strafverfolgungsbehörden weiterzugeben.

Diesen Weg sind wie schon in den Vorjahren auch im letzten Jahr zahlreiche der von gegnerischen Nachrichtendiensten angeworbenen Bundesbürger gegangen. Sie haben – bis auf wenige Ausnahmen, in denen immerhin eine wesentliche Strafmilderung gewährt wurde – Straffreiheit erhalten.